Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15. | Sonntag, den 18. Januar 1903. | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Die Verschuldung des Reichs.

Ob der Schnelligkeit, mit der das Finanzwesen des deutschen Reichs einer unübersehbaren Verschuldung entgegengedrängt wird, ist den bürgerlichen Parteien nunmehr doch auch bange geworden. Man spricht von „Sparsamkeit“ und der Bund der Landwirthe, der wahrscheinlich an die „gräßliche Flotte“ denkt, dies aber nicht offen auszusprechen wagt, was er denkt, will sogar „strenge Sparsamkeit“ eingehalten wissen. Das sind unseres Erachtens leere Redensarten. Wenn man erkannt hat, daß ein System für ein Land zu kostspielig ist und das Land in Schulden geräth, dann muß man, wenn man von Sparsamkeit sprechen will, auch den Muth haben, mit dem System selbst zu brechen und es energisch bekämpfen. Die bürgerlichen Parteien, zwei kleinere Gruppen ausgenommen, haben der Steigerung der Ausgaben das gegenwärtige Tempo gegeben und sind somit verantwortlich für die Misere, die hinterher gekommen ist.

Daß es so kommen müsse, ist vor Jahrzehnten schon gesagt worden von Allen, welche erkannt, daß der Militarismus, von der Konkurrenz der Militärstaaten unter einander getrieben, nicht stehen bleiben, sondern den Völkern immer größere Lasten auferlegen werde. Man glaubte aber nicht, daß die Verschuldung so schnell kommen werde. Früher dachte man eben nur an den Militarismus zu Lande. Jetzt aber ist der Militarismus zu Wasser dazu gekommen und hat die Ausgaben enorm gesteigert. Die Weltpolitik ist aber auch eine kostspielige Sache. Ab und zu muß man eine kleine „Affaire“ haben, so wie mit China oder Venezuela. Solche Expeditionen kosten auch Geld und wenn China auch die Kosten des glorreichen Waldersee-Zuges heimzahlt, so kann man nicht sagen, daß dies eine besonders rentable Kapitalanlage gewesen ist. Dazu kommen die Ausgaben für Kolonien und was drum und dran hängt.

Eine Regierung, die da sparen wollte, müßte sich zu einer totalen Umkehr entschließen. Die kostspieligen und fast aussichtslosen Kolonien, die im günstigsten Fall noch einmal — namentlich von China aus — der einheimischen Industrie eine recht mörderische Konkurrenz machen können, müßten aufgegeben werden. Dann müßte mit aller Energie nach einer Abrüstung gestrebt werden, wie sie der Haager Konferenz als Ideal vorgeschwebt hat.

Das wäre der Anfang der Politik des Sparens. Es ließe sich natürlich noch mehr sparen, aber wir wollen auf Details weiter nicht eingehen.

Sparen bedeutet hier so viel als Beseitigung des Militarismus zu Wasser und zu Lande. Damit ist es nur der Sozialdemokratie Ernst. Der Militarismus ist zur Zeit der mächtigste Faktor in der modernen Gesellschaft, die er sich vollkommen tributpflichtig gemacht hat. Die Lasten, die er den Völkern auferlegt, müssen nach und nach zum allgemeinen Bankerott führen, wenn sie in dem bisherigen Tempo gesteigert werden. Fürst Bismarck, dessen Politik so sehr viel zur Steigerung der Militärlast beigetragen hat, suchte der Sache hinterher die beste Seite abzugewinnen, indem er sagte, die Ausgaben für das Militärwesen seien die Prämien, mit der man sich für eine friedliche Zukunft versichere. Leider ist die Prämie etwas gar zu hoch und kann uns dennoch keine sichere Garantie bieten, daß der Friede erhalten bleibt. Die politische Atmosphäre ist so mit Zündstoff geladen, wie noch selten; die venezolanische, die afghanisch-indische, die marokkanische, die egyptische und die Dardanellenfrage — sie alle können leicht einen Weltbrand entzünden, denn es tritt eben sehr oft ein Zustand ein, während dessen die Diplomaten den rollenden Stein nicht mehr zu halten wissen. Daraus entstehen dann die Kriege. Und sie kommen oft wie ein Blitz aus heiterem Himmel — man denke an 1870!

Es ist also vorläufig an ein Sparen gar nicht zu denken, denn unsere herrschenden Klassen haben ja dies System mit aller Macht herbeigeführt und ausgebildet; sie haben sehnlichst verlangt nach Weltpolitik und riesigen Schlachtflotten, weil sie glaubten, dem meerbeherrschenden England seinen Welthandel abnehmen zu können. Sie haben sehnlichst nach Kolonien verlangt, weil ihnen die Kolonialfexe die goldenen Schätze Afrikas als sichere Beute vorzauberten. Umkehren kann man auf dieser verhängnißvollen Bahn schon um des „Prestiges“ willen nicht, d. h. man glaubt dadurch sein Ansehen bei den konkurrirenden Militärstaaten zu vermindern. Und so marschirt man eben weiter auf dem Wege, der nun so Manchem unheimlich erscheint, von dem einst die Welt- und Flottenpolitik mit hellem Jubel begrüßt worden ist.

Neue Steuern werden kommen, die Ausgaben werden weiter steigen und die Leiden des Volkes werden sich mehren. Sein Kampf ums Dasein wird immer schwieriger werden. Dazu kommt die Theuerung und die sich so häufig wiederholenden Krisen.

So lange die zur Zeit herrschenden Klassen die politische Macht behalten, ist an eine gründliche Aenderung dieses Zustandes nicht zu denken. Sie können nicht umkehren; sie müssen sich von der Strömung, die sie selbst hervorgerufen, treiben und fortreißen lassen.

Wir sind nicht so boshaft, und die Volksinteressen stehen uns zu hoch, als daß wir sagen möchten: Steigert nur die Schulden und die Steuern so rasch als möglich, daß es recht bald zu einem „Krach“ kommt! Aber wenn die Anarchisten so sagen würden, so würden wir uns nicht darüber wundern.

Es geht eben in der Weltgeschichte Alles seinen gewiesenen Weg, und wenn ein System im Widerspruch mit den Volksinteressen steht, so muß es einmal mit der Zeit einem andern Platz machen. Ob dies durch einen äußeren Anstoß oder durch eine Zersetzung von innen heraus geschieht, ist eine Sache für sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Verlassen, verlassen bin i . . . Der heißblütige Herr v. Kardorff hatte nicht nur für seine Person den Austritt aus dem Bunde der Landwirthe erklärt, sondern auch für seine ganze Partei das Gleiche angekündigt. Die Reichsparteiler aber sind nicht geneigt, das von Herrn v. Kardorff verpfändete Wort einzulösen. Die freikonservativ-reichspartei liche Fraktion sowohl des Abgeordnetenhauses wie des Reichstages hat sich vielmehr dahin entschieden, vorläufig sich Reserve gegenüber dem Bunde der Landwirthe aufzuerlegen, später aber eine gründliche Abrechnung abzuhalten und den Bund scharf anzugreifen. — Ein sehr komischer Beschluß. Erst will man die Wahlhilfe des Bundes haben, dann aber wird man auf ihn schimpfen!

Und in den Armen liegen sich beide . . . Die konservative Fraktion des Reichstags hat sich am Freitag nochmals mit der Stellung zum Bund der Landwirthe beschäftigt. Der Vorstand des Bundes der Landwirthe gab eine neue Erklärung ab, mit welcher sich die konservative Fraktion zufrieden erklärte. Damit dürften, so heißt es in einer konservativen Korrespondenz, die „Mißverständnisse“ beseitigt sein. — Daß der Froschmäusekrieg zwischen den Bündlern und Konservativen ein solches Ende nehmen würde, war vorauszusehen.

Zu einer scharfen Absage an die Adresse der Nationalliberalen kam es auf einer Versammlung des Bundes der Landwirthe für den dritten pfälzischen Reichstagswahlkreis. Die Bündler gingen mit den Schaukelpolitikern, die um das Linsengericht der Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages den Sechsmarkzoll preisgaben, scharf ins Gericht. Man sagte es ihnen auf den Kopf zu, daß sie die „Obstruktion“ nur als Vorwand gebraucht hätten, um die zollpolitischen Ziele der Rechten auf die Seite zu rücken. Die Landwirthe hätten sich sonach in erster Linie bei der nationalliberalen Partei zu bedanken, wenn sie das, was vom Bund erstrebt worden sei, nicht erreicht hätten. Den Fehdehandschuh, den die Nationalliberalen den Bündlern hingeworfen, nehmen diese auf, empfehlen aber zugleich den Nationalliberalen, sich gut in den Sattel zu setzen, damit ihnen bei der bevorstehenden Reichstagswahl in den verschiedenen Wahlkreisen nicht das passirt, was ihnen bei der vorigen Landtagswahl im ersten pfälzischen Wahlkreise geschehen ist. Damals (1899) wurden durch das Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie den Nationalliberalen vier Landtagssitze abgenommen. Hintennach ärgerten sich die Bündler grün und blau, daß sie das Geschäft nicht gemacht. Dieses Mal wollen sie aber offenbar klüger sein.

Einen großartigen Erfolg bei den Gewerbegerichtswahlen erzielten unsere Genossen in Rummelsburg bei Berlin. Sämmtliche von unserer Seite aufgestellten Kandidaten, 12 Arbeitnehmer sowohl wie 12 Arbeitgeber, wurden gewählt, so daß die Beisitzer am Rummelsburger Gewerbegericht in Zukunft durchweg Sozialdemokraten sein werden. Ein Fall, der in Deutschland einzig dastehen dürfte.

Einen Nothstand giebt es nicht! Die Magdeburger Stadtverordneten gingen mit 37 gegen 17 Stimmen über den von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag, für Nothstandsarbeiten 100,000 Mk. zu bewilligen, zur Tagesordnung über, weil bei der letzten Arbeitslosenzählung „nur“ 3000 Arbeitslose, einschließlich Frauen und Kinder, ermittelt worden seien. — Die Mehrheit der Magdeburger Stadtverordneten ist „liberal“, daher wird man den Beschluß begreiflich finden.

Die Etatsstärke des Militärpersonals der Flotte wird in diesem Jahre 35 685 Mann betragen, d. h. um 2277 Köpfe stärker sein als im Jahre 1902. Und zwar wird die Flotte 1536 Offiziere (1169 Seeoffiziere, 207 Marine-Ingenieure. 46 Offiziere der Marine-Infanterie, 64 der Artillerie-Verwaltung. 34 des Torpedowesens, 16 des Minenwesens und 186 Marineärzte), 1535 Deck Offiziere, 7422 Unteroffiziere, 23 906 Gemeine und 1100 Schiffsjungen zählen. Eine Verminderung tritt bei den See-Offizier-Aspiranten um 50 Stellen und 200 bei den Schiffsjungen ein.

Ein Seitenstück zum Fall Kugel. Vor einiger Zeit wurde, wie der „Leipz. Volksztg.“ geschrieben wird, im Innern Rußlands von der politischen Polizei eine Frau Buchholz verhaftet, die deutsche Staatsangehörige ist und die unbehelligt über die Grenze gelassen war. Verschiedene Umstände ließen schon damals den Gedanken aufkommen, daß diese Verhaftung in mancher Hinsicht ein Seitenstück zu dem bekannten Fall Frau Kugel bildet. Diese Vermuthung wird jetzt durch ein Zirkular des Polizeidepartements, das seinen Weg auch außerhalb des Reichs der Polizeimeister und Gendarmerieobersten, für die es bestimmt ist, gefunden hat, nur noch bekräftigt. Aus dem Zirkular geht hervor, daß den russischen politischen Behörden bekannt gewesen sein muß, oder richtiger gesagt, sie gegen die Frau Buchholz den Verdacht gehabt haben, daß sie an der russischen sozialdemokratischen Bewegung, soweit diese im Ausland Widerhall findet, betheiligt sei. Das Zirkular präzisirt diesen Verdacht noch näher, indem es die Frau Buchholz mit der sozialdemokratischen Gruppe der Iskra, die angeblich in Berlin bestehen soll, in Zusammenhang bringen. Liegen die Dinge so, dann muß man sich wundern, daß die Frau Buchholz über die Grenze gelassen worden ist. Denn entweder mußte sie gleich in Gewahrsam genommen werden, oder es mußte ihr der Zutritt auf russischem Boden verweigert werden. Weder das eine noch das andre geschah. Sie gleich auszuweisen, das hätte der Gendarmerie die Möglichkeit genommen, ihre Neugierde zu befriedigen; einer Verhaftung auf der Grenze selbst scheinen aber Bedenken entgegenzustehen, denn auch Frau Kugel wurde nicht sogleich verhaftet, sondern erst später, obgleich die Grenzbeamten sehr wohl wußten, mit wem sie zu thun haben. Das Zirkular versucht nun die Sache so darzustellen, als ob die Frau Buchholz nach Rußland aus Versehen hereingelassen worden sei. Dies bei der sorgsamen Spürthätigkeit der russischen Agenten in Berlin! Dies bei den Hunderten von Vorsichtsmaßregeln, die der russische Generalkonsul in Berlin ergriffen hat, um ja über jede Person, die aus Berlin nach Rußland geht, informirt zu sein! (Beweis: in demselben Zirkular wird genaue Auskunft über die Abreise eines bulgarischen Staatsangehörigen gegeben.) Der Konsul sollte nicht gleich an die Grenzpunkte gemeldet haben, daß diese und diese Person einen Paß nach Rußland hat visiren lassen? Der ganze Polizeiapparat sollte mit einemmal eingeschlafen sein? Wer das glaubt, der muß wohl noch geboren werden. Für jeden, dem die Kniffe der russischen Geheimpolizei nicht ganz unbekannt sind, wird es kein Geheimniß sein, das es sich nur um ein Manöver handelt, das von dem Polizeidepartement ausgeführt worden ist, um die deutschen Behörden zu täuschen und um etwaigen Unbequemlichkeiten, die entstehen könnten, wenn die Sache wieder, wie im Falle Kugel, in die Oeffentlichkeit kommt, vorzubauen. Das Polizeidepartement zeigt das lammfrommste Gesicht und erklärt jetzt, ja, wenn es gewußt hätte, daß die Frau Buchholz nach Rußland reist, so hätte es Anstalten getroffen, daß die Frau nicht hereingelassen wird, oder sie hätte gleich ausgewiesen werden können, da sie sich aber einige Monate in Rußland aufgehalten hat und Verdacht vorliegt, daß sie ihre der Regierung feindliche Gesinnung auch im Reiche selbst bethätigt haben könnte, so müsse das Polizeidepartement nach den Landesgesetzen verfahren und über die Frau die Untersuchungshaft verhängen ꝛc. ꝛc. Die ganze raffinirte Komödie hat aber nur den einen Zweck, von der Frau Buchholz Belastungsaussagen gegen Dritte auszupressen, und wenn dann, wie das sich im Fall Kugel gezeigt hat, die Gendarmerie sie zehn bis zwölf Monate geplagt und dem Wahnsinn nahe gebracht haben wird, dann eröffnet man ihr, daß der Zar in seiner großen Gnade alles verziehen habe und bringt sie unter Bedeckung an die Grenze.

Ein neuer Duellmord? Ein Pistolenduell hat nach dem „Lok.-Anz.“ am Freitag früh im Grunewald zwischen zwei Offizieren stattgefunden. Beim zweiten Kugelwechsel habe ein Offizier der Schutztruppe einen Schuß in die Brust erhalten. Nach der „Berl. Zeitung“ waren dagegen die Gegner zwei Offiziere der Potsdamer Garnison, ein Hauptmann vom 1. Garderegiment zu Fuß und ein jüngerer Offizier vom Garde-Jäger-Bataillon. Der Jägeroffizier sei durch einen Schuß in den Kopf getödtet und von seinem Gegner nach dem Militärlazareth in der Scharnhorststraße gebracht worden. Der Hauptmann soll von Leipziger heißen. Dem Duell hätten im Ganzen 12 Offiziere beigewohnt. Eine Bestätigung dieser sich widersprechenden Meldungen bleibt abzuwarten.

Zur Naturgeschichte von Majestätsbeleidigungen wird der „Nat.-Ztg.“ berichtet: Ein Spenglermeister Krohe denunzirte nach einem Wirthshausgespräch in Rödelheim einen Tischgenossen wegen Majestätsbeleidigung. Der Erfolg war, daß der Denunzirte freigesprochen, Krohe aber wegen falscher Anschuldigung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, dann

ins Irrenhaus gebracht und schließlich, weil geistig nicht zurechnungsfähig, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde.

Die Venezuela-Affäre. „Reuters Bureau" meldet aus Puerto Cabello vom 14. d. Mts.: Bei Sonnenuntergang feuerte die „Vineta" eine Granate auf das Fort Lavigia, die, ohne Schaden anzurichten, krepirte. Kommodore Scheder theilte den Behörden durch den amerikanischen Konsul mit, der Grund sei, daß gegen sein Verbot dort nicht ermächtigte Personen, wie man glaubt, Soldaten beobachtet worden seien. (Der deutsche „Kommodore" Scheder scheint furchtbar nach Kriegsruhm zu hungern!) — Wie dasselbe Bureau weiter meldet, erließ Präsident Castro ein Dekret, durch das Puerto Villamisar an der kolumbischen Grenze für die Durchfuhr von Kaffee und anderen Waaren durch Maracaibo eröffnet wird. Es wird somit den Venezolanern möglich sein, für Millionen Dollars kolumbischen Kaffee durch Maracaibo auszuführen.

Ein echter Waldersee. In einem Büchelchen: „Der Dienst des preußischen Infanterie-Offiziers", von Generalleutnant Graf von Waldersee, findet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: „Jeder in einem eroberten Hause oder auf den Barrikaden mit den Waffen in der Hand betroffene Empörer, selbst Jeder, welcher augenscheinliche Spuren an sich trägt, daß er sich der Waffen gegen uns bedient hat (wozu von Pulver geschwärzte Hände und Lippen, ferner das Beisichführen von Munition und dergleichen gehören), ist auf der Stelle niederzumachen. Es dürfen hier nämlich nicht die Rücksichten eintreten, welche in einem ehrlichen Kampfe gegen einen ehrenwerthen Gegner, das heißt gegen geregelte Truppen einer mit uns im offenen Kriege befindlichen Macht, von der Menschlichkeit, der Großmuth und dem Völkerrecht geboten werden. Man hat es bei einem Kampfe in einer empörten Stadt ja nur theils mit eidbrüchigen Unterthanen, theils mit fremden Aufwieglern, fast durchweg also mit dem Auswurf des eigenen Volkes und fremder Nationen zu thun. Verdienen aufrührerische Verräther allerdings mehr den Tod von Henkershand als von ehrlichen Soldatenfäusten, so ist es doch zum Heil des Ganzen besser, daß letztere bei solchen Gelegenheiten — kurzen Prozeß machen." — In diesen mordspatriotischen Blutrauschphantasien hat sich schon Anfangs der 70er Jahre anmuthig der zukünftige Hunnengeneral und Allerweltsmarschalls angekündigt. Bis jetzt sind die guten Lehren dieses Merkbüchleins nur gegen schlitzäugige „Empörer", gegen die Boxer, zur Ausführung gekommen; in Deutschland selbst warter der Generalissimus der Barrikadenschlachten noch immer auf geeignete Verwendung. Wenn er sich nur nicht die Zeit lang werden läßt!

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstagsstichwahl in Danzig ist auf nächsten Donnerstag, den 22. Januar, angesetzt worden. — Wie offiziös verlautet, wird die Regierung bei Beantwortung der Interpelation Rösicke betr. Malzgerste, sich auf eine knappe Erklärung beschränken. — Die Syndikats-Enquete im Reichsamt des Innern beginnt mit Vernehmung des Kohlensyndikats Mitte Februar. — Der württembergische Etat für 1903 weist ein Defizit von 8,8 Millionen Mark auf. Die Regierung schlägt zur Vermeidung einer Steuererhöhung vor, ausnahmsweise eine Anleihe aufzunehmen. — Wegen Beleidigung von Mitgliedern des landesherrlichen Hauses war nach der „Augs. Postztg." gegen den Pfarrer Hebel, der in einer Zentrumsversammlung bei Besprechung des Kaisertelegramms gegen das bayerische Zentrum von bayerischen Prinzen als so etwas wie preußischen Lakaien gesprochen haben sollte, vom Staatsanwalt ein Verfahren eingeleitet worden. Nach Vernehmung von 10 Zeugen sei das Verfahren aber wieder eingestellt worden. — Der neugewählte Vertreter des 6. Wahlkreises des Regierungsbezirks Liegnitz (Liegnitz-Goldberg-Haynau) Justizrath Pohl, Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, hat seinen Sitz im Reichstage eingenommen. Die Fraktion der Deutsch-Freisinnigen ist damit auf 27 Mitglieder angewachsen. — Die von den Anarchisten gegründete Freie Gewerkschaft für Berlin und Umgegend beabsichtigte dieser Tage, ihre erste konstituirende Versammlung abzuhalten, in welcher der Vorstand gewählt werden sollte. Die Versammlung wurde jedoch sofort von dem überwachenden Polizeibeamten aus bisher nicht bekannten Gründen polizeilich aufgelöst. — Der Ausstand in der Florentinergrube bei Beuthen (Oberschl.) ist einer Wolffschen Drahtung zufolge beendet. Die Arbeiter haben ihre Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. — Die französische Regierung verhängte neuerdings wieder über neun Geistliche die Gehaltssperre, weil sie sich bei den Predigern und dem Katechismusunterrichte der bretonischen Sprache bedienten. — In der Türkei ist Ferid Pascha zum Großvezier (Reichskanzler) ernannt worden. Diese Ernennung hat in diplomatischen Kreisen den besten Eindruck hervorgerufen. Ferid hat sich in seinen bisherigen Aemtern, besonders als Gouverneur von Konia, als sehr tüchtig und fähig erwiesen. — In der Hauptstadt von Südkarolina, Columbia, hat der stellvertretende Gouverneur Tillman den Journalisten Gonzales, der ihn in Artikeln und öffentlichen Reden scharf angegriffen hatte, auf offener Straße in den Unterleib geschossen und schwer verwundet. Tillman ist verhaftet.

Oesterreich-Ungarn.

Obstruktion. Das österreichische Parlament ist Donnerstag zusammengetreten und sogleich hat auch wieder die Obstruktion der 5 Tschechisch-Radikalen eingesetzt. Bequeme Gelegenheit boten ihnen dazu ihre 60 Dringlichkeitsanträge, durch welche die Tagesordnung verrammelt ist. Der „radikale" Tschecke Fressl hielt eine 5stündige Obstruktionsrede in tschechischer Sprache über die Sprachenverhältnisse bei den böhmischen Staatsbahnen. Nach ihm stieg dann einer nach dem andern von seinen Parteigenossen auf die Tribüne und begründete seinen Dringlichkeitsantrag. Sie machten dabei Witze über die deutsche Sprache, über die Gesichter der Minister und ähnliche Scherze. Um Mitternacht, als der Vorsitzende einem tschechischen Redner das Wort entzog, arrangirten die tschechischen Radikalen ein kleines Pfeifchen- und Kindertrompeten-Konzert. Die Majorität ließ alles über sich ergehen. Es war verabredet, die Obstruktion austoben zu lassen, sie nicht zu reizen und nicht zu vergewaltigen. Um 3 Uhr Morgens bot der Saal folgendes Bild: die Abgeordneten lagen in den Wandelgängen auf den Bänken; einige schliefen; die Ordner der Parteien machten die Runde; im Saale herrschte Ruhe; der Redner hatte einen einzigen Zuhörer; sonst war noch der Präsident anwesend, außerdem weiter niemand. Freitag Morgen um ½7 Uhr wurde die Sitzung nach Erledigung von sechs Dringlichkeitsanträgen der Tschechen endlich bis 10 Uhr Vormittags unterbrochen. Ganz wie bei uns also, in der berühmten Nacht zum 14. Dezember. Und ganz wie bei uns droht man auch in Wien mit dem Maulkorbe. Es ist, wie depeschirt wird, beabsichtigt, eine Delegirtenversammlung, bestehend aus fast sämmtlichen Parteien des Abgeordnetenhauses, einzuberufen, um die Grundzüge der Aenderung der Geschäftsordnung und über die Form, wie diese durchgeführt werden soll, zu berathen. Die Bezeichnung „fast sämmtlicher Parteien" ist deutlich. Die Opposition und ihre Gründe hört man nicht einmal.

Italien.

Eine sozialistische Gemeinde. Die Zahl der Gemeinden, in welchen die Sozialisten eine entscheidende Rolle spielen, mehrt sich; eine Anzahl Gemeinden, unter ihnen auch solche ziemlich kleinen Umfangs, befinden sich ganz in sozialistischer Verwaltung, unter diesen auch Orvieto. Dieses Städtchen erzielte im vergangenen Jahre einen Ueberschuß aus den Steuern von 22 000 Fr., von dem die Hälfte der Kommune, die andere Hälfte den Angestellten zugetheilt wurde. Im Etat für 1903, der bereits fertiggestellt ist, sind für die Speisung der Schulkinder 1700 Fr. mehr ausgeworfen als im Vorjahre. Ferner ist die Erbauung von fünf neuen Schulen vorgesehen, auch sind die nöthigen Summen für die Beschaffung des Unterrichtsmaterials für die Schüler flüssig gemacht. Der städtische Garten, der früher in Privatbesitz war und jährlich noch einige 100 Fr. Zuschuß erforderte, wird in diesem Jahre einen Nutzen von etwa 1400 Fr. abwerfen. Auch die Feuerwehr ist verstaatlicht und selbst für eine besondere städtische Musikkapelle ist gesorgt; zwei neue öffentliche Badeanstalten werden im Laufe dieses Jahres eröffnet. Außerdem sind eine Reihe Verbesserungen der Straßen im Beleuchtungswesen usw. vorgesehen. — Zum Verdruß aller Reaktionäre sind die Bewohner derartiger sozialistisch verwalteter Gemeinden in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem Stande der Dinge selbstverständlich sehr zufrieden.

Marokko.

Die Lage in Fez bessert sich, wie der spanische Gesandte de Cologan nach Madrid telegraphirte, ständig, wenngleich immer noch einige Familien die Stadt verlassen. Unter die Parteigänger des Sultans wurden neuerdings Waffen in reichem Maße vertheilt. — Aus Tanger kabelt man der „Frankf. Ztg.": Donnerstag zogen die Truppen des Sultans aus, um die Rebellen in der Nähe von Tanger zu bestrafen. Drei Dörfer wurden niedergebrannt. Die bedeutende Kriegsbeute wurde in Tanger öffentlich verkauft. Die Bevölkerung betrachtete das Schauspiel aus unmittelbarer Nähe. Unter den Truppen des Sultans gab es mehrere Verwundete, bei den Rebellen viele Todte. Nach anderweitiger Nachricht soll das Vorgehen gegen die Rebellen auf Grund einer Kollektivnote der Mächte erfolgt sein. — Wie die „Agence Havas" noch meldet, sind nunmehr vier Kolonnen von Fez aufgebrochen und befinden sich auf dem Marsche nach Tazza, um den Prätendenten anzugreifen. Die letzte Kolonne wird von Ben Mohammed, die zweite vom Kriegsminister Merebhi, die dritte von Muley Mohammed, einem Bruder des Sultans, und Abdes-Lam Amvami, die vierte von Muley Alafa und Mohammed Amrami befehligt.

Vereinigte Staaten.

Ein Mormone als Senator wird bei den nächsten amerikanischen Wahlen in die Erscheinung treten. Einem Telegramm aus Salt-Lake-City zufolge haben die Republikaner des Staates Utah den Mormonen-Apostel Reed Smoot als Kandidaten für den Senat der Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Die Aufstellung ist gleichbedeutend mit der erfolgten Wahl.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 17. Januar 1903.

Der neue Gesetzentwurf über die Geschäftssteuer, den der Senat soeben dem Bürgerausschuß zur Begutachtung vorgelegt hat, enthält nach der Meldung bürgerlicher Blätter — uns ist derselbe leider noch nicht zugegangen! — eine Reihe von Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen, der im vorigen Jahre von der Bürgerschaft abgelehnt wurde. Nach dem neuen Entwurf soll die Steuer von allen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, unter Einschluß des Maklergewerbes, erhoben werden, die über 2000 Mk. Einkommen haben. Während aber der erste Entwurf die Aerzte in den Kreis der Steuerpflichtigen einbezog, ist in dem jetzigen davon Abstand genommen worden, weil man sich davon überzeugte, daß es unbillig wäre, auch von diesem Stande eine derartige Steuer zu erheben. Der Senat wünscht die Berathung so beschleunigt, daß die neue Steuer schon in dem neuen, mit dem 1. April beginnenden Etatsjahr erhoben werden kann. — Weder die Begrenzung der Steuer auf Einkommen über 2000 Mk. noch die Ausschließung der Aerzte von der geplanten Steuer kann uns irgendwie mit dem neuen Gesetzentwurf des Senates versöhnen. Das Rückgrat der lübschen Steuergesetzgebung bildete bisher die Einkommensteuer, und das sollte auch in Zukunft so bleiben.

Des Menschen Sohn hat nicht, da er sein Haupt hinlegt. Freitag Morgen fanden Schutzleute im Stadtpark einen halberstarrten Mann. Derselbe hatte dort genächtigt, weil er kein anderes Obdach finden konnte.

Die Kommerzbank, die älteste Bank Lübecks, will für das Geschäftsjahr 1902 eine Dividende von 6 Prozent vertheilen; wenigstens geht der Vorschlag des Aufsichtsrathes, der noch der Beschlußfassung durch die Generalversammlung unterliegt, dahin.

Die Seeschiffer- und Steuermannsprüfung, welche dieser Tage hier auf der Navigationsschule abgehalten und Freitag Nachmittag beendet wurde, hatte den Erfolg, daß sämmtlichen 12 Prüflingen das entsprechende Patent ertheilt werden konnte.

Zum Wasserbau-Ingenieur hat der Senat den Ingenieur W. Rohr aus Wien angestellt. Sein Dienstantritt wurde auf den 1. Februar festgesetzt.

Aus dem Mauerverbande. Wie der „Grundstein" in seiner neuesten Nummer mittheilt, ist Gen. Staningk, der Redakteur des Verbandsorgans, von einem Gehirnschlage betroffen worden und liegt demzufolge schwerkrank darnieder. Gleichzeitig kann jedoch der „Grundstein" die sicherlich höchst erfreuliche Mittheilung machen, daß der Arzt die Hoffnung auf völlige Genesung des Kranken ausgesprochen hat. Wir schließen uns dieser Hoffnung freudigen Herzens an.

Sozialdemokratischer Verein. Die Bibliothek ist am Montag Abend von 8½—9½ Uhr geöffnet.

Wilhelm-Theater. Am kommenden Sonntag findet daselbst, wie man uns berichtet, ein Ensemble-Gastspiel unseres Stadt-Theaters statt. Zur Aufführung gelangt Maeterlincks Schauspiel „Monna Vanna", welches ohne Zweifel als bedeutendste Schöpfung der modernen Dichtung angesehen werden kann. Das Werk hat überall, so auch an unserem Stadt-Theater, Aufsehen erregt und großen Beifall gefunden.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1902. Geboren sind 223 Kinder, davon 116 männlichen, 107 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 2 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 76 Personen männlichen, 78 weiblichen Geschlechts, in Summe 154. Demnach Ueberschuß an Geburten 40 resp. 29, insgesammt 69. Auf 1000 Einwohner waren 31,11 Geburten, 21,43 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 34, von 1—5 Jahren 11, bis zu 10 Jahren: 7, bis zu 15: 2, bis zu 20: 2, bis 30: 4, bis zu 40: 6, bis zu 50: 17, bis zu 60: 16, bis zu 70: 22, bis zu 80: 27, bis zu 90: 5, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphtherie in 6, Keuchhusten in 0, Tuberkulose in 13, Lungenentzündung in 13, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 25, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 3, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 10, angeborene Lebensschwäche in 8, Altersschwäche in 9, Unglücksfall in 3, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 9, Krämpfe in 5, Nierenleiden in 1, Wassersucht in 0, Schlagfluß in 8, Typhus in 1, Masern in 0, Scharlach in 3, Milzbrand in 0, unbekannt in 6 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 57, Vorstadt St. Jürgen 16, St. Lorenz 44, St. Gertrud 15, die Krankenanstalten 22.

Das Panorama in der Breitenstraße bringt in kommender Woche eine bequeme Wanderung durch Potsdam und die kaiserlichen Schlösser zur Ausstellung. Nach dem vorliegenden Programm weist der Zyklus eine große Anzahl interessanter Bilder von historischem Interesse auf.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Kaufmanns H. Wegener, der Ende November von der hiesigen Strafkammer wegen Diebstahls im Rückfalle unter Einrechnung einer neunmonatlichen Gefängnißstrafe zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden war.

Im Zirkus Variete (Reuterkrug) werden nach zweitägiger Pause am morgigen Sonntag die Vorstellungen auf acht Tage wieder aufgenommen werden. Wie uns seitens der artistischen Leitung mitgetheilt wird, ist es ihr gelungen, eine ganze Reihe wirklich hervorragender Künstler für die acht Tage zu gewinnen. Besonders sei erwähnt: das Pöttinger-Quintett (fünf schwedische, künstlerisch ausgebildete Sängerinnen), das auf dem Programm aller großen Varietebühnen des Kontinents mehr als gern gesehen wird, die De Toma-Akrobatengruppe, die Erfinder der lebenden Brücke; weiter weist das Programm noch zwei Malkünstler, einen Tanzkomiker u. v. a. m. auf. Selbstverständlich wird auch der Biograph mit neuen Bildern aufwarten.

pb. **Die eigene Schwester bestohlen.** Ein Tischlergeselle von hier, der mit seiner Schwester, einer Fabrikarbeiterin, zusammen auf Wilhelmshöhe wohnte, stahl dieser ihr Sparkassenbuch der hiesigen Spar- und Anleihekasse über 200 Mk., hob am selben Tage bei der Kasse hierauf 199 Mk. und entfernte sich heimlich mit dem Gelde von hier.

Apollo-Theater. Man schreibt uns: In diesem Etablissement gastirt Sonntag Direktor Heinrich Kalnberg mit seinem Tournee-Personal. Das interessante und reichhaltige Programm dürfte hier viel von sich reden machen, denn es sind nur gute Szezialitäten darin enthalten. Als besondere Sensationsnummer wird man die hier noch nicht gesehenen geheimnißvollen Fakire in's Treffen führen. Es findet nur diese eine Vorstellung statt.

Stockelsdorf. Die Staatsanwaltschaft hat, wie wir erfahren, gegen das Urtheil in der Kirchhofsaffaire, in der bekanntlich der Angeklagte Hoffmann freigesprochen wurde, Berufung beim Landgericht eingelegt. Die Sache wird also auch noch die Lübecker Strafkammer beschäftigen. Der Konsumverein für Stockelsdorf und Umgegend hält Sonntag Nachmittags 4 Uhr seine Generalversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreicher Besuch erwünscht. — Die Zahlstelle der Tischlerkrankenkasse wird Sonntag Abend 7 Uhr bei Buck in Mori zu einer Versammlung zusammentreten, um die Gründung eines Sanitätsverbandes zu besprechen. Hoffentlich werden die Mitglieder sich zahlreich einstellen.

Schwartau. Anzeigepflichtige Krankheiten. Scharlach und Diphtheritis traten im Fürstenthum im Dezember wieder zahlreicher auf, als im vorhergehenden Monat, doch wurden Todesfälle nicht gemeldet. Im Ganzen gelangten zur Anzeige: 8 Erkrankungen an Scharlach, 2 an Masern, 4 an Keuchhusten, 12 an Diphtheritis, 1 an Wochenbettfieber. Auf Schwartau-Rensefeld entfallen davon 1 Masernfall und 2 Erkrankungen an Diphtheritis. In Stockelsdorf wurde Keuchhusten in 2 Fällen festgestellt, während in Eutin Diphtheritis 4 Personen aufs Krankenlager warf; außerdem wurde hier noch eine Scharlacherkrankung festgestellt.

Schwartau. In das Handelsregister ist bei der Firma „Spar- und Vorschußverein in Schwartau" eingetragen worden: Die Zeichnung für den Verein hat von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem Vorstandsmitgliede zu erfolgen. Der Hufner Fritz Hardt in Groß-Parin ist als Vorstandsmitglied für die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1905 wiedergewählt und an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Privatmannes Westphal in Pansdorf der Hufner Hinrich Kunst in Ratekau für die gleiche Zeit gewählt worden. Dem Kassierer des Vereins: Carl Fick in Schwartau ist Prokura ertheilt worden.

Ratekau. Eine Bündlerversammlung, zu der ein Wanderredner des Bundes aus Berlin erschienen war, fand Freitag Abend im Lokale von Haß statt. Zu derselben waren erschienen: 5 Bauernbündler, 6 Sozialdemokraten und zwei Schullehrer. Der Bundesredner leierte den üblichen agrarischen Speech herunter, ohne indessen irgend welchen Erfolg zu erzielen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Eutin. Gehaltszahlungen für Beamte. Das Staatsministerium hat bestimmt, daß allen Beamten ihre Gehälter fortan am 27. jeden Monats auszuzahlen sind, anstatt bisher vierteljährlich am 16. des letzten Quartalsmonats.

Eutin. Ueber das Verhalten und die Kontrolle erkrankter Mitglieder der Gemeindekrankenversicherung hat der Stadtmagistrat folgende Vorschriften erlassen: § 1. Die Kranken haben sich streng nach den Anordnungen des Arztes zu richten. § 2. Falls die Kranken nicht bettlägerig sind und die Wohnung verlassen dürfen, haben sie sich, wenn der Arzt nicht schriftlich anderes bestimmt, alle 2 Tage bei dem behandelnden

Arzt während der täglichen Sprechstunden zu melden. § 3. Jede Arbeit, sei es im eigenen Haushalt, sei es für fremde Rechnung, ist verboten. Ausnahmen kann der behandelnde Arzt schriftlich gestatten. § 4. Dem Krankenkontrolleur hat jeder Kranke den Zutritt zu seiner Wohnung zu gestatten. § 5. Der Besuch von Wirthshäusern ist den Kranken untersagt. § 6. Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark bestraft, auf welche das Krankengeld in Aufrechnung gebracht wird. Im Falle wiederholter Uebertretung kann unter allen Umständen die Gewährung der Krankenunterstützung durch freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause angeordnet werden.

Eutin. 30 Mark Belohnung. In der letzten Zeit sind wiederholt Bäume an den Straßen beschädigt worden. Dem Ergreifer des Thäters sichert der Magistrat eine Belohnung von 30 Mark zu. — Das Konkursverfahren über das Vermögen des Stellmachers Voß ist nach erfolgter Schlußabrechnung aufgehoben worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In dem der Firma Piening u. v. Soden gehörigen Speicher am Hopfensack in Hamburg, in welchem sich ein Geflügellager und ein Lager von Wasserleitungs-Artikeln befindet, brach am Donnerstag Vormittag Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete, sodaß nach Verlauf von zwei Stunden der Speicher total ausbrannte. Den Geschäfts-Angestellten, die sich in dem brennenden Gebäude befanden, gelang es nur mit knapper Noth sich zu retten. In dem Gebäude lagerte auch viel Holzwolle; diese machte den Feuerwehrleuten mehr zu schaffen, als die Flammen selbst, da die Rauchentwickelung eine so starke war, daß wiederholt der Rauchhelm angewendet werden mußte. — Eine Belohnung von fünfhundert Mark hat der Staatsanwalt in Bremen für die Aufklärung der anscheinend an dem Maler Thorsand begangenen Strafthat ausgesetzt. Thorsand wurde am 27. Dezember als Leiche in der Aue bei Vegesack aufgefunden. Eine Marineperson soll mit diesem Vorgang in Verbindung stehen oder um den Hergang Bescheid wissen.

Schleswig. Dem Staatsanwalt gestellt. Der von hier geflohene Kassirer der Spar- und Hilfskasse, Claussen, hat sich in Flensburg der Staatsanwaltschaft gestellt und ist sofort in Untersuchungshaft genommen worden. Claussen, der Wittwer ist, giebt an, bereits seit mehr als 20 Jahren die Unterschlagungen begangen zu haben. Die Summe weiß er nicht genau anzugeben; es handele sich aber seiner Meinung nach um weit mehr als 100000 Mk. In Schleswig herrscht naturgemäß große Erregung, um so mehr, weil man Claussen, der schlicht und einfach lebte und gar nicht verschwenderisch auftrat, am wenigsten etwas derartiges zugetraut hätte. Die Schleswiger Sparkasse hat bereits vor drei Jahrzehnten einmal Pech gehabt: im Jahre 1871 brach sie vollständig zusammen. Die Mitglieder verloren 75 Proz. ihrer Einlagen, fünf Aufsichtsrathsmitglieder wurden mit je 800 Mk. Beitrag zur Deckung des Defizits herangezogen. Die Kasse kam schließlich aber doch wieder auf die Beine und wurde im Jahre 1900 in eine Genossenschaft m. b. H. umgewandelt. Ob die Kasse den Schlag, der ihr jetzt durch Claussen's Unterschlagungen versetzt worden ist, überwinden wird, muß die Zeit lehren.

Rendsburg. Einen merkwürdigen Begriff von der Heiligkeit der Ehe muß ein in Büdelsdorf wohnhafter junger verheiratheter Mann bekommen haben, als ihn vor einiger Zeit der Storch mit seinem Besuch beehrte. Er war erst 7 Monate verheirathet und wunderte sich deshalb nicht wenig über dies Ereigniß. Er erkundigte sich eingehend danach und bekam von seiner „theuren" Hälfte im Beisein von anderen Leuten die lakonische Antwort: „Ja, min Jung, do hest Du keen Schuld, dat is vom Train".

Wilhelmshaven. Wegen groben Dienstvergehen wurde der Korvetten-Kapitän Kayser verhaftet.

Oldenburg. Ein Beitrag zum Elend der Unfall-Versicherungsgesetzgebung. Verunglückt da ein Arbeiter am 14. Juli 1902; nach dreizehn Wochen ist sein Anspruch an die Krankenkasse abgelaufen, am also 14. Oktober. Nach dem 14. Oktober war der Arbeiter noch längere Zeit erwerbsunfähig. Nach langem hin und her spricht ihm die Unfall-Berufsgenossenschaft endlich eine Rente zu von ca. 31 Mk. monatlich. Der Arbeiter ist mit der Festsetzung der Rente nicht einverstanden und wird klagbar beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, wo die Sache demnächst zur Verhandlung kommt. Seit dem 14. Oktober, von welchem Zeitpunkt ab der Anspruch an die Krankenkasse abgelaufen ist, bis heute, hat der verunglückte Arbeiter, der seinem Erwerb noch nicht hat nachgehen können, sage und schreibe 30 Mk. Vorschuß auf die ihm zustehende Rente erhalten. Von 30 M. kann natürlich der verunglückte Arbeiter mit seiner Familie vom 14. Oktober bis heute nicht leben — und so ist er Armenunterstützungs-Empfänger geworden. Sozial-Reform nennt man das!?

Letzte Nachrichten.

Frankfurt a. O. Durch Vergiftung infolge Genusses verdorbener Wurst starben in Sommerfeld (Lausitz) die Ehefrau des Sattlers Misch und zwei Kinder im Alter von 2 bezw. 4 Jahren. Der Ehemann und eine sechsjährige Tochter scheinen mit dem Leben davon zu kommen.

Torgau. Hinrichtung. Der Gattinmörder Steinarbeiter Krause ist hier Freitag früh von dem Scharfrichter Engelhardt hingerichtet worden.

Berlin. Wegen Raubmordversuchs — er überfiel am 23. November den Bankbeamten Salzwedel — sowie verschiedener Diebstähle verurtheilte das Schwurgericht den Klempner Moser, einen Streikbrecher, zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. — Durch eine Benzin-Explosion, die Freitag Abend in einer Putzfederfabrik in der alten Jakobstraße stattfand, wurden 3 Personen schwer verletzt.

Krefeld. Durchgebrannt. Der Kassirer des Stadttheaters, Wick, ist mit einer größeren Summe, die nur zum Theil durch die Kaution gedeckt ist, durchgebrannt.

Düsseldorf. Gattenmord. Der Kaufmann v. d. Schulenburg in Ohligs erschoß auf offener Straße seine Ehefrau. Das Motiv der That ist ein Ehezwist. Der Thäter wurde später auf dem Bahnhofe Vohwinkel verhaftet.

Köln. Dunkle Affaire. Im Innern eines hiesigen Hotels, das gegenwärtig einer Renovirung unterzogen wird, wurden Donnerstag 40 Centimeter unter dem Boden liegend zwei Leichen aufgefunden. Der Schädel des männlichen und weiblichen Skelettes weisen Schußwunden auf. Seit Jahren machte sich im Hotel ein starker Modergeruch bemerkbar, ohne daß die Ursache festzustellen gewesen wäre. Es handelt sich um ein Verbrechen, das vor mindestens 25 Jahren ausgeführt worden sein muß. Freitag wurden abermals zwei Skelette zu Tage gefördert. Bereits vor Jahren war ein Schädel aufgefunden worden, ohne daß damals jedoch diesem Funde eine besondere Bedeutung beigemessen wurde. Die Staatsanwaltschaft ist eifrigst damit beschäftigt, Licht in diese mysteriöse Angelegenheit zu bringen.

Nürnberg. Die That eines Wahnsinnigen. Mittwoch Nachmittag erdrosselte ein 37jähriger Mechaniker Namens Häberlein sein dreijähriges Söhnchen, nachdem er ihm die Haare abgeschnitten hatte. Nach der That schnitt er sich selbst die Barthaare und Augenbrauen ab. Er hinterließ einen Zettel, daß er sich ertränken werde. Häberlein, der erst im Oktober v. J. aus der Irrenanstalt entlassen worden war, wurde Donnerstag früh halb erfroren verhaftet.

Stuttgart. In einem Anfalle von Tobsucht brachte sich in der Nacht zum Freitag in dem von Ulm kommenden Nachtschnellzug ein Russe mit einem Rasirmesser mehrere tiefe Schnitte am Halse bei. Die Mitreisenden zogen erschreckt die Nothleine. Der Tobsüchtige, der sämmtliches Handgepäck der Mitreisenden zum Fenster hinausgeworfen hatte, wurde in's Krankenhaus gebracht.

Madrid. Durch einen Erdrutsch sind 17 Arbeiter, die mit den Tnnnelarbeiten in der Nähe von Ferrol beschäftigt waren, verschüttet worden. Es ist Hilfe abgesandt worden.

Die Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen hocherfreut an
Wilh. Reimers und Frau.
Lübeck, den 16 Januar 1903.

Die 2. Etage von 3 Zimmern
zum 1. April zu vermiethen, Preis 200 Mk.
Brüderstraße 9 a.

Ein freundl. Zimmer zu vermiethen
Friedenstraße 34, I.

Zum 1. April eine Wohnung zu vermiethen. Preis 200 Mk.
Näheres Schönkampfstraße 11.

Einige abgeschl. 2 Zimmerwohnungen, geräumig, mit all. Zubeh., z. Pr. v. 180—200 M. z. 1. April z. verm. Näh. Bülowstr. 10 (Burgth.)

Zu vermiethen zum 1. April eine Wohnung von 2 Stuben an ruhige Leute im Preise von 160 Mk. Langereihe 4 a.

Eine kl. Wohnung zu vermiethen
3. Etage, 2 Stuben und Zubehör, Pr 160 Mk.
Priesstraße 13.

Zu sofort oder zum 1. April eine Parterre oder 1. Etagen-Wohnung. 3 freundliche Zimmer und Zubehör.
Näheres Elswigstr. 5b.

Bitte.
In der Nacht vom 1. auf den 2. Januar ist der Kaufmann **Wilhelm Rehse** verschwunden. Alle, die ihn in dieser Zeit gesehen haben, werden freundlich um Auskunft gebeten.
Carl Rehse, An der Mauer 12/12.

Die Bäckerei
W. H. Schwedt Ww. Nfl.
(Inh.: **Heinr. Hinrichs**)
91—93 Hüxstrasse 91—93
empfiehlt als Spezialität:
Echtes Hannov. Feinbrot, ff. Hannov. Wickelkuchen, Wiener Kränze.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft Aegidienstraße 35.

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft Fischergrube 52
empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche:
Potsdam
u. die interessanten kaiserlichen Schlösser.

Riesig billig! Riesig billig!
Niemand versäume den
Räumungs-Ausverkauf
der Firma **Gebr. Vandsburger, 10 Holstenstr. 10**
Die bei der diesjährigen Inventur zurückgesetzten
Paletots, Anzüge, Joppen, Hosen etc. etc.
werden **zu jedem annehmbaren Preise** ausverkauft.
Ein **Posten** diverse **Herren-Anzüge** 5.00, 7.00 u. 8.50 Mk.
Ein **Posten** schwarze **Kammgarn-Anzüge** 9.75, 12.50 u 16.50 Mk.
Ein **Posten** Hochzeits- u. Gesellschafts-Rock-Anzüge 17, 19 u. 22 Mk.
Ein **Posten** reizende **Knaben-Anzüge** das Stück von **85** Pf. an
Sommer-Paletots per Stück von **3.00** Mk. an
Alle Arten Beinkleider und Arbeiter-Garderoben **enorm billig.**
Achten Sie genau auf die Firma
Gebr. Vandsburger,
10 Holstenstraße 10.
Billigste und anerkannt reelle Einkaufsstelle.

Zwiebeln
100 Pfund nur 1,70 Mk. frei Haus, Bahn oder Schiff, von 1000 Pfund aufwärts billiger.
3 Pfund Probezwiebeln 10 Pfg. Für gesunde Ia. Waare wird garantirt.
Filiale: Mühlenbr. 4a. **Karl Voss** Holstenstraße 27 Fernsprecher 212.
Nach auswärts nur gegen Nachnahme oder vorherige Kasse.

Die
deutsche Gewerkschaftsbewegung.
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.
Die Genossenschaftsbewegung.
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.
Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 18. Januar
Grosses
humoristisches Bockbier-Fest.
Heyden'sche Kapelle.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 20 Pf., wofür Kappe, Programm und Bockbierlieder.

Circus Variété Reuterkrug.
Vom Besten das Beste.
Nur 8 Tage vom Sonntag den 18. bis incl. Sonntag den 25 Januar.
Pöttingers Quintett
schwedisches Damen Kunstgesang-Ensemble
The 3 Cleas
sensationeller Trampolinact.
Ada Melani
Soubrette.
De Toms-Truppe
die besten Akrobaten in eigenem Genre.
Eugen Milardo
Tanz-Humorist.
The Gries
mit ihrem sensationellen Lumpenmalera't.
Die 3 Garavs
komische Radfahrerpantomime.
Droese's Bio-Tableaux
mit ganz neuen Bildern
Heute Sonntag Nachmittag 4 Uhr
große Fremdenvorstellung
bei ermäßigten Preisen
Abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung.

Concordia-Garten.
Freies Tanzkränzchen
am Sonntag den 18. Januar 1903.
Anfang 4½ Uhr. Fr. Frahm.

Apollo-Theater.
Fünfhausen.
Nur heute Sonntag:
Einmalige
Gr. Specialitäten-Vorstellung
Heinr. Kalnberg-Tournée.
Interessantes großes Programm im Cabaret-Stil.
Sensationelles Gastspiel
Die geheimnißvollen, hier noch nie gesehenen
Fakire
Heulende und tanzende Derwische.
Auftreten von **Heinrich Kalnberg** und 10 Specialitäten.
Beginn 7½ Uhr. Kleine Preise.
Im Vorverkauf bei **Lohmann** und **Schmidt** und an der Theaterkasse 40 Pfg., 75 Pfg und 1 Mk.

Stadt-Theater.
Sonntag den 18. Januar, Nachm. 4 Uhr: Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Meyer-Förster.
Abends 7½ Uhr:
112. Vorst. 98. Ab.-Vorst. 17. Sonntags-Ab.
Die weiße Dame.
Komische Oper in 3 Akten von Boieldieu.
Montag 7½ Uhr: Die Zauberflöte.
Dienstag (Gastspiel Prevosti): Die weiße Dame. Mittwoch: Der Sonnwendtag.

Warenhaus Hansa

Inventur-Ausverkauf.

Fabelhaftes Angebot in Herren-Konfektion.

3 Serien Herren-Paletots sonstiger Preis **13—25** Mk., im Ausverkauf **11.00, 10.75,** **7.80** Mk.

3 Serien Herren-Anzüge sonstiger Preis **15—28** Mk., im Ausverkauf **10.00, 7.95,** **7.80** Mk.

5 Serien Knaben-Anzüge sonstiger Preis **bis 10 Mk.,** im Ausverkauf **3.95, 3.15, 2.45, 2.15,** **1.95** Mk.

Wollene Herren-Westen u. Sweaters
Pique-Westen, 1 Theil Hosen } zu und unter **Einkaufspreisen.**

Damen-Hüte und Konfektion.

Grosser Posten **moderne Filzhüte,** Ia. Filz in Homespune, Marquis, Breton Rembrand- und Frauenform, Werth bis 6.50 Mk., jetzt **50** Pfg.

Grosser Posten **Matrosen-Hüte** mit eleganter Seidenstoff-Garnirung, Ia. Filz Werth bis 5.50 Mk., jetzt **98** Pfg.

Garnirte Hüte wie Toques, Capotten, Rundhüte sowie Original-Modelle zu **ein Viertel des Werthes.**

Grosser Posten **Breton-Hüte** mit reicher Seiden-Garnirung Werth bis 7.50 Mk., jetzt **98** Pfg.

Grosser Posten **Blusen** Ia. Mull- und Zephirstoffe — Kragen, Manschetten und Vorderteile in Fältchen gelegt mit 4mal Spitzen Entredeux, Werth bis 7.50 Mk., jetzt **95** Pfg.

Grosser Posten **Jacket-Costüme** I. Homespune-Stoffe, moderne Facons Werth bis 25 Mk., jetzt **6.50** Mk.

Grosser Posten **Russen-Costüme** letzte Mode, Englisch Noppe-Stoffe Werth 35 Mk., jetzt **15** Mk.

Grosser Posten **Kinderkleider** (darunter feinste Modelle) für das Alter bis 7 Jahren Werth bis 20 Mk., jetzt **2.95** Mk.

Hemdentuch-Reste, Piqué-Reste, Schürzen-Reste, Inlet-Reste, Kleider- u. Blusen-Reste, Gardinen-Reste **bedeutend unter reellem Werth** (Inventurpreis).

Posten **einzelne Oberbetten** statt 12,75 jetzt . . . . . **9** Mk.
Posten **einzelne Unterbetten** statt 11 Mk. jetzt . . . . . **7** Mk.
Posten **einzelne Kissen** statt 3,25 jetzt **2.25**
Posten **einzelne Kopfpfühle** statt 4 Mk. jetzt **2.60**

Feldbettstellen mit Matratze
Kinderbett-Matratzen, 2schl. Matratzen } leicht beschädigt
bedeutend unter Preis.
Posten **eiserne Bettstellen** im Ausverkauf nur . . . . . **6** Mk.

Posten **angeschmutzte Oberbetten** jetzt **11.50 10.50 8.50 6.50** (Werth bis 40% mehr).

Bettfedern und Daunen sind während des Ausverkaufs **bedeutend** im Preise herabgesetzt.

Große Posten **Tüll-Gardinen** 140 cm breit, weiss und creme, sonstiger Preis 80, 85, 90 Pfg., so lange Vorrath reicht, Mtr. **69** Pfg.

Frische Landeier Stück **7** Pfg. | **Kolonialwaren** | **Apfelsinen** Dutzend 35, 45— **25** Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 15. Sonntag, den 18. Januar 1903. 10. Jahrgang.

Ein Köhlerglaube.

Die Kirchen beider Hauptkonfessionen besitzen ihren mächtigsten Stützpunkt in dem mystischen Glaubenssatz, die Bibel sei eine persönliche Offenbarung Gottes. Einfache Menschen mit gesunden Sinnen, auch wenn sie religiös gesinnt sind, legen diesem Satz längst keinen Werth mehr bei und die Wissenschaft hat ihn zum alten Eisen geworfen. Das hindert aber die zünftige Geistlichkeit nicht, ihren gläubigen Schäflein die Richtigkeit des alten Satzes immer auf's neue zu „beweisen". Beträchtlich erschwert wird ihr dies Handwerk durch einen Vortrag, den der Assyriologie Professor Friedrich Delitzsch dieser Tage in Gegenwart des Kaiserpaares, des Reichskanzlers, der Minister Dr. Studt, v. Rheinbaben, des Oberhofpredigers D. Dryander und anderer Vertreter der höheren evangelischen Geistlichkeit in der Singakademie in Berlin gehalten hat. Schon vor etwa Jahresfrist hat Delitzsch an der gleichen Stelle denselben Gegenstand behandelt. Seine neuerlichen Ausführungen waren dazu bestimmt, theils die früheren Darlegungen zu vertiefen, theils die dagegen erhobenen Einwendungen zu widerlegen. Auch der jüngste Vortrag wird, obwohl er dem Fachgelehrten nichts wesentlich Neues sagt, nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen durch den Scharfsinn, mit dem die Ueberlieferungen des Alten Testaments auf babylonischen Ursprung zurückgeführt werden, und durch den Freimuth, mit dem der Gelehrte gewisse Hauptstützen der orthodoxen Dogmatik als gänzlich in der Luft schwebend nachweist. Besonders wird das die Feststellung bewirken, daß es keine größere Verirrung menschlichen Geistes gebe als der Glaube, die Bibel sei eine persönliche Offenbarung Gottes. Der Forscher hat also vor den Ohren des Kaisers und der ersten Beamten des Reiches und des preußischen Staates, insbesondere des preußischen Kultusministers, der darüber zu wachen hat, daß die Religion dem Volke erhalten bleibt, den Glauben an eine persönliche Offenbarung Gottes als einen Köhlerglauben enthüllt. Lassen wir den Kern seiner Ausführungen, so wie ihn Berliner Blätter wiedergeben, hier folgen: Der Redner ging zunächst auf die Forschungsergebnisse ein, welche die von der Deutschen Orientgesellschaft ausgerüsteten Expeditionen bezüglich des Trümmerfeldes von Babylon gebracht haben. Er erwähnte die reichen archäologischen Funde, von denen er verschiedene in Projektionsbildern vorführte. U. a. zeigte er Abbildungen des biblischen Thieres „Rehem", in dem man früher eine Antilopenart zu erkennen glaubte, während es sich in Wirklichkeit um den Wildochs handelt, ferner Schilderungen des Drachen von Babel. Sodann wies er darauf hin, daß nur durch die Assyriologie erst verschiedene dunkle Stellen des Alten Testaments im rechten Lichte erscheinen. Ganze Erzählungen des Alten Testaments finden durch die Ausgrabungen ihre sinngemäße Deutung, z. B. von dem im Wahnsinn verthierten König Nebukadnezar, der eine mißverstandene chaldäische Sage zu Grunde liegt, die die Strafe des Himmels in poetischem Ueberschwang auf Perses, das ist Cyrus, herabruft. Ebenso das Buch Jona mit seiner echt orientalisch phantastischen Form, das den Propheten im Fischbauche Psalmen beten läßt, die zum Theil erst Jahrhunderte später gedichtet worden sind.

Es giebt überhaupt keinen größeren Fehler, als zu glauben, daß die Bibel auf einer persönlichen Offenbarung Gottes beruhe. Der Inhalt der Bibel selbst widerspricht in einzelnen Theilen durchaus dieser Anschauung. Das Buch Hiob enthält Stellen, die an Blasphemie grenzen. Das Hohelied enthält weltliche Lieder voller sinnlicher Lust. Es ist unmöglich, durch künstliche Konstruktionen solchen Stellen einen Sinn unterzulegen, der dem Inhalt fremd ist, nur um sie in ihre Anschauung von dem göttlichen Ursprung einzuzwängen. Die wissenschaftliche Theologie hat auch längst erkannt und gezeigt, daß die Bibel durch fortdauerndes Umarbeiten und Ineinanderarbeiten von ganz verschiedenen literarischen Bestandtheilen zu dem Kanon geworden ist, der uns vorliegt. Außer der Gottesoffenbarung, die ein jeder von uns in seinem Gewissen trägt, brauchen wir eine weitere persönliche Offenbarung gar nicht. An Mose und an Luthers Katechismus zeigte er, wie gewaltthätig den beiden Tafeln der göttlichen Gebote und der Bundeslade gegenüber verfahren wird, und kam dabei zu dem Resultat, daß die beiden Fassungen des Dekalogs, die das alte Testament bietet, ganz verschiedenen Epochen angehören und daß keine von beiden historisch auf Mose zurückführt. In Wirklichkeit steht es um die zehn Gebote so: Von Alters her waren Bräuche und Gesetze ausgebildet, es gab Normen für das Handeln in Haus und Gemeinschaft, den Mitmenschen und der Gottheit gegenüber. Alle diese Normen wurden zusammengelegt und Moses zugeschrieben, so daß er in der Ueberlieferung als der geistige Urheber von alledem erscheint, was in den mosaischen Gesetzen enthalten ist. Die umfangreiche Gesetzsammlung des Hammurabi in dem babylonischen Tieflande am Euphrat und Tigris (zweieinhalb Jahrtausend v. Chr.), die kürzlich von dem Franzosen de Morgan gefunden ist, bietet in 282 Gesetzesparagraphen den ausgebildeten Kodex eines organisirten Rechtsstaats. Obenan steht darin der Schutz der Wittwen und Waisen und der Schwachen. Diesen Rechtsgrundsätzen gegenüber treten die „mosaischen" Gesetze ganz auf ihre menschliche Stufe zurück; ja jene überbieten diese sogar in vieler Hinsicht, besonders auch in Bezug auf die Ethik.

Der Nachweis, den Delitzsch schon früher geführt hatte, daß der angeblich jüdische Monotheismus nichts Originales sei, hat bei den Orthodoxen viel Aergerniß erregt. Der Gelehrte wandte sich gegen seine Kritiker mit großer Entschiedenheit. Es sei unumstößlich, daß der Jehovabegriff sich schon bei den Babyloniern befinde, deren höchstes Wesen als „Jahu" verehrt worden sei. Der jüdische Monotheismus sei ausschließlich partikularistisch. Der Jahve sei nur der Gott der Juden, nicht auch derjenige der „Gojim". Das sei eine höchst egoistische Lehre, ganz unvereinbar mit einem religiösen Empfinden, der erst das Christenthum ein Ende gemacht habe. Mit der Mahnung, sich von falschen Ueberlieferungen und Dogmen frei zu machen und der nothwendigen Weiterbildung der Religion nach Möglichkeit die Wege zu ebnen, schloß Friedrich Delitzsch seinen gehaltvollen Vortrag.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote."

Berlin, den 16. Januar 1903.

Der Reichstag setzte am Freitag seine Unterhaltung über die Zollkampfresolutionen mit ungeschwächtem Eifer fort. Großgerber Heyl hielt es für nöthig, einige kleine Verdächtigungen gegen freisinnige Abgeordnete auszusprechen, bezog aber dafür von Herrn Gothein eine ebenso gründliche wie wohlverdiente Abfuhr. Fürst Herbert Bismarck glaubte die Gelegenheit günstig, einmal wieder von sich reden zu machen; er schwang eine Drohrede gegen Amerika, die er übrigens fast ganz vom Papier ablas. Genosse Bernstein las den Zollkampffanatikern noch einmal gründlich den Text. Damit war in der Hauptsache die Diskussion zu Ende; was jetzt noch folgte, waren Bemerkungen mehr persönlicher Natur, an denen sich wieder einmal Herr v. Heyl, Dr. Pachnicke n. s. w. betheiligten.

Nun folgte die Abstimmung. Die Bänke der Rechten und des Zentrums waren so schwach wie möglich besetzt; wenn die Linke die Bosheitspolitik triebe, die ihr die Mehrheit in die Schuhe schiebt, hätte sie in der unauffälligsten Weise die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführen können. Herr v. Heyl hatte seine ruppige Resolution zu Gunsten der etwas geleckteren Resolution Speck zurückgezogen; diese wurde alsdann mit 141 gegen 67 Stimmen angenommen; zwei Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die Präsenzziffer betrug also auf den Kopf 210, d. h. just 11 über die Beschlußfähigkeitszahl. Mit der Minderheit stimmte ein Theil der Nationalliberalen, darunter der freihändlerische Bankier und Vizepräsident Büsing und Herr Hilbck, der sich krampfhaft zu bemühen scheint, seine Dortmunder Wähler bei guter Laune zu erhalten.

Nun folgte die Berathung unserer Resolution, welche sich gegen die Gefängnißarbeit wendet, soweit dieselbe der freien Arbeit unlautere Konkurrenz macht. Genosse Baudert begründete in sachkundiger Weise die Resolution. Der nationalliberal-protestlerische Allerweltskandidat Schlumberger-Mühlhausen glaubte, es werde noch über den Zolltarif im Allgemeinen verhandelt; er erging sich in mehr langweiligen als geistreichen Betrachtungen über diesen und die Stellung der Sozialdemokratie zu demselben, bis ihn Graf Ballestrem höflichst an die Tagesordnung erinnerte. Reichsparteiler Gamp, sonst ein patentirter Mittelstandsretter, entdeckte plötzlich, daß der Staat doch seine Gefangenen beschäftigen müsse, und sprach gegen die Resolution, die dagegen der Freisinnige Schrader befürwortete. Die Eugeniden schwiegen sich wieder aus; das Zentrum ließ durch Herrn Schädler den gewohnten Eiertanz ausführen. Nach einem Schlußwort Bauderts wurde abgestimmt; der ganze Troß der Mittelstandsretter, ein paar nationalliberale und antisemitische Männlein ausgenommen, stimmt gegen unsere fast noch mehr im Interesse des Kleinhandwerks als in dem der Arbeiter liegende Resolution. Die Wähler werden sich das merken. — Auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung steht die Fortsetzung der Resolutionsberathung und die Malzgerste-Interpellation Roesicke-Dessau.

239. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky.

Die Berathung über die Resolutionen Freiherr Heyl zu Herrnsheim und Speck betr. Kündigung der Meistbegünstigungsverträge wird fortgesetzt.

Frhr. Heyl zu Herrnsheim (NL.) polemisirt gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Bernstein. Herr Calwer, Mitglied derselben sozialdemokratischen Fraktion, die in der Kommission die Aufhebung aller Zölle beantragt hat, hat den Freihandel als dem sozialistischen Prinzip entgegengesetzt erklärt. Ich bleibe auch dabei, daß die „Sozialistischen Monatshefte" in München angegriffen worden sind, weil in ihnen Dinge gesagt sind, welche der Partei unbequem waren. In anderen Ländern behandelt man die Handelspolitik viel ruhiger wie bei uns; bei uns hat man sich durch schöne Reden in der Caprivischen Zeit viel zu sehr beeinflussen lassen. Sogar die Sozialdemokratie hat einem „Wucherzoll" von 3,50 Mk. seiner Zeit zugestimmt. Nehmen Sie meine Resolution oder wenigstens die Resolution Speck an. Wird nach ihnen verfahren, so glaube ich, daß der Reichstag niemals Handelsverträgen zustimmen wird, wie sie unter Caprivi zu meinem großen Bedauern abgeschlossen worden sind. (Beifall rechts und b. d. Natl.)

Lucke (B. d. L.) spricht sich für die Resolutionen aus. Die Meistbegünstigungsverträge sind unserer wirthschaftlichen Entwicklung schädlich. Zu den Handelsvertragsverhandlungen müssen auch Sachverständige, die im praktischen Leben stehen, hinzugezogen werden. Beim Zolltarif ist die deutsche Landwirthschaft zu kurz gekommen. Die Befürworter dieser Resolutionen sind nur die Generäle, die das Rückzugsgefecht decken sollen. Mit einer Fanfare sind wir in den Zolltarifkampf eingezogen und mit einer Chamade sind wir daraus gegangen. (Bravo! bei den Bündlern.)

Gothein (FVg.): Die Verdächtigung, die in den Worten des Herrn v. Heyl lag, daß der Handelsvertragsverein uns goldene Ketten angelegt habe, muß ich entschieden zurückweisen und den Herrn von Heyl dringend bitten, Beweise für seine Verdächtigungen vorzubringen. (Lebh. Zustimmung links.) Ich bin jederzeit in der Lage, den Gegenbeweis zu erbringen. Die Linke hätte Grund zur Schadenfreude: die Zollmajorität bringt Resolationen ein, über die der Vater des Zolltarifkompromisses, Graf Posadowsky, sehr unglücklich ist, da er sie als ein Hemm-

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie thun mir leid, Herr Baron," begann Gisbert mit verstellt mitleidigem Ausdruck. „Ihre Verhältnisse haben Sie besiegt, die Hoffnung, die fragliche Summe rechtzeitig zu beschaffen, hat Sie im Stich gelassen. So schwer es mir gegenwärtig fällt, will ich Ihnen doch als Freund beispringen."

Ich horchte auf. Was wollte der Elende von mir?

„Bewegen Sie Ihre Schwester, mir Ihre Hand zu reichen, so will ich alles vergessen, was vorgefallen, und Sie aus der Noth helfen. Bringen Sie mir bis morgen 9 Uhr definitiven Bescheid."

Da sprang ich nochmals auf, hochroth vor Zorn und Entrüstung.

„Also so war es gemeint?" donnerte ich ihn an. „Erbärmlicher Mensch, Du willst mich zu einem Schurkenstreich provozieren? Niemals würde ich, selbst wenn mein Leben auf dem Spiele stände, die Hand bieten zu einem so unwürdigen Manöver; niemals, so lange ich es verhindern kann, soll meine Schwester die Gattin eines solchen Buben werden, und sollte ich selbst und mein Besitzthum mit mir zu Grunde gehen! Wagen Sie es, Ihren raffinirten Coup zu vollenden, denunzieren Sie mich, ich überlasse getrost die Prüfung des Falles den Gerichten — ich würde nunmehr die Wechsel selbst dann bestimmt nicht einlösen, wenn ich die Mittel dazu besäße oder mir dieselben zu verschaffen vermöchte!"

Ich ritt nach Hause und beschloß, alles Weitere ruhig abzuwarten. Ich konnte mir nicht denken, daß der Bösewicht es in der That über sich gewinnen würde, seiner Drohung gemäß zu handeln, ich hielt sein Vorgehen für eine bloße Pression, einen Schreckschuß. Heute früh vernahm ich, daß er den ersten Wechsel wirklich nicht honorirt, daß er die Echtheit seiner Unterschrift in Abrede gestellt habe — und heute Nachmittag empfing ich durch Ihren Beauftragten die Meldung von der Erstattung der Anzeige — dies ist die wahre Geschichte des Herganges, Herr Staatsanwalt, und ich hoffe, es möge ihnen recht bald gelingen, die Beweise für die Richtigkeit meiner Darstellung zu beschaffen!"

3.

Staatsanwalt Hoffmann verfolgte jedes Wort der Erzählung des Barons mit Aufmerksamkeit, sobald dieser geendet, schaute er dem jungen Mann mit scharf forschendem Blicke ins Antlitz, worauf er eine kleine Weile nachdenklich vor sich hinstarrte.

Dann sagte er:

„Herr Baron, Ihren Augen und Ihrem Ton möchte man schon glauben, aber Ihren Worten nicht. Oder sehen Sie nicht selbst ein, was für weitgehende Anforderungen Ihre Erzählung an den Glauben der Zuhörer stellt? Wie könnte wohl Gisbert so wahnwitzig sein, Sie der Imitation seines Namenszugs zu bezichtigen, wenn er sich bewußt ist, ihn selbst geschrieben zu haben? Er muß doch gewärtig sein, daß die erste Prüfung die Unwahrheit seiner Beschuldigung erweist, und hätte dann eine schwere Strafe wegen falscher Anschuldigung zu befürchten, eine Konsequenz, der sich ein so reicher Mann doch wohl nicht ohne Noth aussetzt. Die Diebstahlsangelegenheit lasse ich ganz fallen, ich bin Menschenkenner genug, um in den ersten fünf Minuten zu wissen, daß Sie einer solchen That nicht fähig sind — bleiben wir aber bei der anderen und schwereren Anklage, so ergeben sich der kritischen Betrachtung eine ganze Reihe von Momenten, welche gegen Ihre Behauptung zeugen. Vor allen Dingen: hätte Gisbert wirklich gegen seine bessere Ueberzeugung gehandelt, indem er Sie verklagt, so kann ihm doch die böse Absicht erst später gekommen sein, vielleicht erst dann, als Sie ihm die Hand Ihrer Schwester versagten — vorher aber können doch so und soviele Personen bereits von der Thatsache des Darlehns Kenntniß erhalten haben, deren Beurkundung ihm gefährlich werden würde. Oder wollen Sie behaupten, er habe von Anfang an das Vorgehen gegen Sie geplant?"

„Ich muß es annehmen."

„Aus welchem Grunde aber?"

Der Baron zuckte die Achseln.

„Das Motiv der Rache lag doch noch nicht vor — im Gegentheil, er rechnete bestimmt darauf, zu Ihnen in nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu treten."

„Das ist wahr."

„Haben Sie denn sonst Ungünstiges über seinen Charakter gehört?"

„Nicht eigentlich — er soll etwas geizig sein und seine Untergebenen nicht besonders gut behandeln."

„War er denn im Verkehr mit Ihnen immer gleichmäßig liebenswürdig und freundschaftlich?"

„Immer, bis zuletzt."

„Haben Sie Jemand von der Thatsache des Darlehns und der Existenz der Akzepte Mittheilung gemacht?"

„Meiner Frau oder vielmehr Braut —"

„Wann?"

„Bevor ich zu Gisbert hinausfuhr, um ihn um seine Hilfe anzugehen. Ich holte ihren Rath ein, bevor ich mich zu dem immerhin nicht leichten Schritte entschloß."

„Und sie wußte von dem günstigen Erfolg Ihrer Mission?"

„Ich meldete ihr gleich am andern Morgen das Resultat."

„Wann war das?"

„Anfang Februar."

„Sonst weiß Niemand darum?"

„Niemand."

„Ihr Verwalter, Ihre Schwiegermutter, Schwester?"

muß bei den Verhandlungen mit dem Auslande ansehen muß und auch als solches bezeichnet. Unser handelspolitisches Verhältniß zu Amerika ist gewiß nicht ideal; aber auch unsere Zoll-, besonders unsere Weizenzollerhöhungen bedeuten das Gegentheil von Entgegenkommen. Es wird eben auf beiden Seiten gesündigt. Bis 1860 erstreckten sich die Meistbegünstigungsverträge nur auf die bereits anderen Staaten gewährten Begünstigungen; der moderne Begriff der Meistbegünstigung, wonach sich dieselbe auch auf alle bei künftigen Verträgen zu gewährenden Begünstigungen bezieht, datirt erst seit dem englisch-französischen Vertrag vom Jahre 1860. Daß unsere Börsen von der New Yorker Börse abhängig sind, muß ich leider zugeben. Die Herren von der Rechten haben aber selbst mit ihrer Börsengesetzgebung diesen Zustand geschaffen. (Sehr richtig! links.) Wenn der sonst so bienenfleißige Graf Kanitz den Hamburger Handelskammerbericht etwas sorgfältiger gelesen hätte, so würde er denselben nicht als Beweisstück für seine Ansichten in Anspruch genommen haben. Das Abkommen mit Amerika vom Jahre 1900 wird allerdings gekündigt werden müssen, sobald Handelsverträge auf Grund der neuen Mindestzölle zustande kommen; denn sonst würden Amerika gegenüber die bisherigen geringeren Getreidezölle weiter gelten und das würden sich natürlich die Vertragsstaaten nicht gefallen lassen können. Jedenfalls soll man nicht vor neuen Handelsverträgen die Meistbegünstigsverträge kündigen; denn, wie Fritz Reuter sagt: man solle unreines Wasser nicht ausgießen, bevor man reines Wasser hat. (Bravo! links.)

Fürst Bismarck (wildkons.): Ueber die gestrige Aeußerung des Grafen Posadowsky habe ich mich sehr gefreut: das ist ja eben der Zweck der beantragten Resolutionen, unser gegenwärtiges ungünstiges handelspolitisches Verhältniß zu verbessern. Ebenso gefreut hat mich das Eingeständniß des Herrn Abg. Gothein, daß das Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom Jahre 1900 gekündigt werden muß. Wir haben alle Veranlassung, unsere Unterhändler anzuweisen, daß sie nicht wieder ein so kümmerliches Abkommen wie das von 1901 schließen. Speziell unsere heimische Landwirthschaft ist durch das verderbliche Saratogen-Abkommen Amerikas geradezu aufgeopfert worden. Die Resolution Heyl wird die Regierung in den Verhandlungen mit Amerika stärken und nicht schwächen, wie Herr Gothein meint. Es kann die Situation der Regierung nur stärken, wenn Amerika weiß, daß der deutsche Reichstag in Zukunft nicht mehr gewillt ist, Deutschland von den Amerikanern über den Löffel balbiren zu lassen; dagegen sind einige Aeußerungen des Abg. Gothein — dessen Sachkenntniß ich anerkenne und dessen Patriotismus ich nicht zu nahe treten möchte — geeignet, Deutschland bei den Unterhandlungen in Nachtheil zu setzen. Ich werde für die Resolution Speck stimmen, mit der sich ja auch Herr v. Heyl einverstanden erklärt hat. Ich hoffe, daß wir auf Grund dieser Resolutionen zu annehmbaren Verträgen kommen werden. (Beifall rechts.)

Bernstein (SD.): Meine Rede war nicht, wie der Herr Graf Kanitz gemeint hat, auf „Angst vor Amerika", sondern auf „Vorsicht gegenüber dem Vaterlande" gestimmt. Die Drohungen des Herrn Vorredners werden in Amerika nur ein Hohngelächter der Hölle erwecken. Fürst Bismarck stellt die Resolutionen als eine harmlose Anregung hin; in der That aber werden sie und die Reden, die zu ihnen gehalten werden, nur die Wirkung haben, in Amerika böses Blut zu machen. Graf Kanitz hat wieder von der amerikanischen Gefahr gesprochen. Gegen diese Gefahr sind erhöhte Schutzzölle, die unsere Volkswirthschaft belasten, das allerschlechteste Mittel. Die Hauptsache ist, daß wir unsere Arbeiterschaft durch hohe Löhne so leistungsfähig machen, wie die amerikanische. Wenn Herr v. Heyl das Protokoll des Mainzer Parteitages kennt, so wird er wissen, daß sich die Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit auf einem den Calwerschen Auslassungen entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat. Wenn Herr von Heyl weiter gesagt hat, das offizielle Parteitagsprotokoll weiche von den Zeitungsberichten ab, so ist das auch bei den Reichstagsberichten der Fall und kann auch gar nicht anders sein; mit bestem Willen kann ein Journalist eine Rede nicht wörtlich wiedergeben. Herr von Heyl hat gedroht, mit einem Theil seiner Freunde gegen die Handelsverträge stimmen zu wollen, falls die Meistbegünstigungsverträge nicht gekündigt würden. Wir, die wir uns der großen Bedeutung der Handelsverträge für die deutsche Volkswirthschaft bewußt sind, wollen eine derartige Drohung nicht aussprechen. Davon aber seien sie überzeugt: eine Politik des Zollkrieges, wie sie als Folge der beantragten Resolutionen eintreten muß, ist geeignet, eine Protestbewegung zu entfachen, wie sie in Deutschland noch nicht dagewesen ist. (Bravo! bei den Soz.)

Frhr. Heyl zu Herrnsheim (NL.): Bei diesen Resolutionen handelt es sich nicht nur um Amerika, sondern um die Meistbegünstigung im Allgemeinen. Redner bleibt bei seiner Behauptung bestehen, daß in der sozialdemokratischen Partei Mundtodtmachungen stattgefunden haben und daß der sogenannte „Revisionismus" sich in den „Sozialistischen Monatsheften" ein eigenes Organ hätte schaffen müssen, weil er in der „Neuen Zeit" noch niemals genügend zum Wort gekommen sei. Das Bild von der „goldenen Kette" habe ich aus Aeußerungen, die in meinem Wahlkreis gegen mich gerichtet sind. Es wurde gesagt, ich hinge an der Kette des Bundes der Landwirthe. Ich habe zum Bund der Landwirthe keine anderen Beziehungen, als das der Mitgliedschaft. (Heiterkeit.) Da zwischen den beiden Resolutionen nur redaktionelle Unterschiede bestehen, ziehe ich meine Resolution zu Gunsten der Resolution Speck zurück.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Pachnicke (FVg.) und Dr. Semler (NL.) wird die Resolution Speck mit 141 gegen 67 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.

Es folgt die Berathung der von der Kommission abgelehnten Resolution Albrecht (SD.) und Genossen betr. das Verbot, in Straf-, Versorgungs- und Besserungsanstalten andere gewerbliche Arbeiten als solche für den Eigenbedarf der betr. Anstalten oder für den Bedarf des Reiches, eines deutschen Staates oder einer Gemeinde ausführen zu lassen oder in solchen Anstalten verfertigte Waaren zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen zu verkaufen.

Baudert (SD.) bespricht zunächst die vielen Petitionen um Einschränkung der Gefängnißarbeit, die dem Reichstag seit 1869 zugegangen sind. Von unserer und auch von anderer Seite sind zu verschiedenen Malen Versuche zur Abstellung der auf diesem Gebiete herrschenden Mißstände gemacht worden, ohne daß ersichtliche Erfolge damit erzielt wurden. Im Zusammenhang mit dem neuen Zolltarif, der immer mit dem Schutz der nationalen Arbeit begründet wird, ist es nöthig, wieder einmal die Frage des Schutzes der freien Arbeit vor der Konkurrenz der Gefangenenarbeit aufzurollen. Wenn in letzter Zeit die Beschwerden über diese Konkurrenz ein wenig verstummt sind, so liegt das daran, daß die Löhne in manchen Erwerbszweigen so niedrige sind, daß gar kein Grund für die Unternehmer vorliegt, ihre Waaren in Zuchthäusern herstellen zu lassen. Ueber 30 000 Gefangene machen den Textil-, den Holz-, den Papierarbeitern, den Korbmachern u. s. w. Konkurrenz. Angesichts dieser Zustände müssen die Parteien, die immer erklären, für den Mittelstand und die Arbeiter einzutreten, für unsere Resolution stimmen. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Schlumberger (NL.): Die Haltung der Sozialdemokraten in dieser Frage steht im Widerspruch zu der Haltung, die sie in der Zollfrage einnehmen. Sie nennen sich arbeiterfreundlich und wollen durch Aufhebung aller Zölle die deutsche Industrie und damit die deutsche Arbeiterschaft der schrankenlosen Konkurrenz des Auslandes preisgeben. (Präsident Graf Ballestrem bittet den Redner, nicht die ganze Tariffrage aufzurollen.) Ich bitte, die Resolution abzulehnen, die mit dem Tarif in keinem Zusammenhang steht.

Geheimrath Krohne: Die Resolution bewegt sich in der Richtung einer Bundesrathsverordnung vom Jahre 1898, deren Bestimmungen maßgebend sind für die Gefängnißverwaltungen sämmtlicher deutscher Bundesstaaten.

Gamp (Rp.): Wenn ich auch dem Grundgedanken der Resolution zustimme, so muß ich doch ihrer Annahme widersprechen. Die Resolution verlangt das unbedingte Verbot jeder gewerblichen Arbeit der Gefangenen. Das geht natürlich zu weit. Wie soll man die Hunderttausende von Gefangenen beschäftigen?

Schrader (FVg.): Herr Schlumberger hat Unrecht, wenn er den Sozialdemokraten Inkonsequenz vorwirft. Der Zolltarif ist angenommen und wird die Arbeiter schwer schädigen. Um so nothwendiger ist es, die Arbeiter von der Konkurrenz der Gefangenarbeit zu befreien. Wir werden für die Resolution stimmen, weil wir ihr Prinzip für richtig halten, ohne uns an den verbesserungsbedürftigen Wortlaut zu binden.

Dr. Schädler (Z.): In der Resolution steckt ein vollberechtigter Kern. Wir betrachten die ganze Angelegenheit aber nicht als Reichssache und werden deshalb trotzdem gegen die Resolution stimmen.

Baudert (SD.) wendet sich gegen den Abgeordneten Schlumberger. Wenn die Resolution Mängel in der Fassung hätte, hätte man ja Abänderungsanträge einbringen können.

Damit schließt die Debatte.

Die Resolution Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, einiger Nationalliberaler und Antisemiten abgelehnt.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Interpellation Roesicke-Dessau betr. den Begriff „Malzgerste" und Weiterberathung der Zolltarifresolutionen.)

Schluß 5¾ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Gegen die Wahl unseres Genossen Emmel in den reichsländischen Landesausschuß ist bekanntlich von „demokratischer" Seite Protest erhoben worden. Jetzt ist nun vom Bezirksrath Beweisaufnahme beschlossen worden.

Die Arbeiterorganisationen in Kanada nehmen in den letzten Jahren einen rapiden Aufschwung. Während vor drei Jahren die Gesammtzahl der organisirten Arbeiter noch nicht 15 000 betrug, bestehen heute 1100 Gewerkschaften (gezählt sind alle Zweigvereine) mit ca. 100 000 Mitgliedern.

Der freisinnige Stadtmagistrat von Nürnberg erfreut sich in ganz Deutschland ob seiner sozialpolitischen Einsichtslosigkeit einer traurigen Berühmtheit, die sich auch in der Arbeitslosenfrage bewährt hat. Anfangs wehrte man sich dagegen mit Händen und Zähnen, anzuerkennen, daß eine Arbeitslosigkeit in größerem Umfange existire, und als gegen die Wucht der Thatsachen nicht mehr anzukämpfen war, verfiel man auf ganz läppische Abhilfemittel. Durch Herbeischaffung von einigen hundert Wagen Straßenschottersteinen zum Zerkleinern glaubte man genug zur Behebung des Nothstandes gethan zu haben. Für diesen Winter wurde eine Anzahl von Arbeiten reservirt, die man stolz als „Nothstandsarbeiten" bezeichnet, die aber nicht im entferntesten genügen. Dabei ist die Organisation eine äußerst mangelhafte. Vor kurzem erhielten Arbeitslose, die sich um Beschäftigung an die Stadtverwaltung wendeten, eine hektographirte Postkarte, durch die sie — es herrschte zu dieser Zeit eine Temperatur von 10 Grad Wärme — auf den nächsten Schneefall vertröstet wurden. Nun hat der freisinnige Magistrat seiner Arbeitslosenfürsorge die Krone aufgesetzt, indem er am Dienstag beschloß, daß sich die bei der Stadt für Nothstandsarbeiten Meldenden eine Bescheinigung des städtischen Arbeitsnachweises beizubringen haben, daß für sie keine andere Arbeit bei Privatunternehmern vermittelt werden konnte. Um die Bedeutung dieses Beschlusses richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß es seiner Zeit abgelehnt wurde, in das Statut des städtischen Arbeitsnachweises die Streikklausel aufzunehmen, und daß dieses Institut schon bei allen Ausständen lustig Arbeitswillige für die betroffenen Betriebe vermittelte. Es wird also dahin kommen, daß man bei eventuellen Streiks Arbeitern, die sich weigern, als Streikbrecher zu fungiren, die Bestätigung versagt und sie so von den städtischen „Nothstandsarbeiten" ausschließt — eine Art Sozialpolitik, die außerordentlich „freisinnig" ist.

Ueber die jugendlichen Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen enthält das letzte „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches" Mittheilungen, denen zu entnehmen ist, daß im Jahre 1901 die Zahl der jugendlichen Arbeiterinnen und der erwachsenen Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren abgenommen hat, was eine Folge der neuen auf Einschränkung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter hinzielenden Gesetze und Ausführungverfügungen ist. Die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen hat noch zugenommen. Auffälligerweise ist die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter vierzehn Jahren noch gestiegen, und zwar von 9347 auf 9628, also um drei Prozent, wobei die ganze Zunahme auf die weiblichen Kinder entfällt, während die männlichen um vier abgenommen haben. Männliche junge Leut von 14 bis 16 Jahren sind 240 938 beschäftigt, gegen 231 807 im Jahre 1900 und 196 481 im Jahre 1899. Die Zunahme war also mit 9131 bei weitem nicht so groß wie im Jahre 1900, in welchem sie 25 326 tragen hatte. Die Zahl der weiblichen Personen von 14 bis 16 Jahren ist von 103 040 auf 100 545 zurückgegangen. Faßt man sämmtliche Jugendlichen unter 16 Jahren zusammen, so sind als Fabrikarbeiter thätig gewesen 351 011 gegen 344 194 im Jahre 1900 und 302 553 im Jahre 1899. Es hat also nur eine Zunahme um 6817 oder 2 Proz. stattgefunden, gegenüber einer solchen um 42 641 oder 14 Proz. im Jahre 1900. Die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen von 16—21 Jahren, die im Jahre 1900 um fast 14 000 gestiegen war, zeigt jetzt einen Rückgang von

---

„Niemand."

„Ist das nicht einigermaßen befremdlich?"

„Herr Gisbert bat mich, unser Geschäft möglichst diskret zu behandeln, er wolle die Sache nicht an die große Glocke gehängt wissen, sowohl in seinem, als in meinem Interesse.

„Deshalb sprach er auch, wie ich Ihnen schon sagte, den Wunsch aus, ich möge den Diskont der Papiere nicht bei seinem Bankier bewirken, er sei allen Wechselgeschäften abhold und fürchte, sein Renommee zu schädigen, wenn er in Verbindung mit der Angelegenheit genannt werde."

Des Staatsanwalts Züge nahmen einen immer bedenklicheren Ausdruck an.

„Und das soll ich glauben, Herr von Folkmar?" fragte er halb ärgerlich, halb ironisch.

„Es ist die Wahrheit."

„Welche Sicherheit haben Sie Herrn Gisbert für das angebliche Darlehen geleistet?"

„Gar keine, er erklärte, er kenne mich und die Verhältnisse von Hohfurt hinreichend, um keinerlei Befürchtungen zu hegen."

„Wie, derselbe Mann, den Sie mir als geizig schildern, sollte so unbegreiflich und hochsinnig verfahren? Sollte Ihnen 60 000 Mark auf einen bloßen Schuldschein in die Hand drücken?"

„Er hat es gethan!"

„Haben Sie Zeugen dafür?"

„Nein."

„War Niemand zugegen, als Sie mit Gisbert verhandelten?"

„Niemand."

„Auch nicht, als Sie zuletzt bei ihm waren, um ihm Vorhaltungen über seine vorgebliche Schurkerei zu machen?"

„Er empfing mich wie gewöhnlich in seinem Bibliothek- und Arbeitszimmer, in welchem ich mich mit ihm allein befand."

„Und kein Mensch kam jemals hinzu, der ein Wort gehört hätte? Keine Diener?"

„Niemand."

„Hat jemand gehört, daß er Ihnen seine Hülfe anbot?"

Der Baron dachte nach.

„So weit ich mich entsinne, geschah auch das unter vier Augen."

Der Staatsanwalt lächelte maliziös.

„Also alles unter vier Augen — hm, dann müßte ja Gisbert in der That von dem ersten Augenblick an eine ganz nichtswürdige Schurkerei gegen Sie beabsichtigt haben?"

„Ich kann nicht anders, als etwas Derartiges annehmen, da er immer die Gelegenheit so zu gestalten gewußt hat, daß keinerlei Zeugen für die getroffenen Verabredungen vorhanden sind. Es ist dies ein Umstand, der mir jetzt erst auffällt, früher habe ich gar keinen Werth darauf gelegt."

„So meinen Sie natürlich, daß auch Gisbert selbst zu keinem seiner Leute oder Bekannten etwas über den Vorgang geäußert hat?"

„Da er sich zweifelsohne mit schlimmen Projekten trug, wird er sich gehütet haben, es zu thun."

„So würde auch eine Vernehmung seines Personals nach Ihrer Ansicht zwecklos sein?"

„Ich fürchte es."

„Der langen Rede Sinn ist also: Sie muthen uns zu, an eine ungeheuerliche Geschichte zu glauben, für die Sie nicht im Stande sind, auch nur den leisesten Beweis zu erbringen, obwohl sie allen bisherigen kriminellen Erfahrungen geradezu Hohn spricht. Fühlen Sie nicht selbst das Ungeheure, Aussichtslose eines solchen Verhaltens? Das Zeugniß Ihrer Frau ist natürlich belanglos — wir sind also lediglich auf die Begutachtung der Wechselunterschriften durch die Sachverständigen und das Zeugniß Gisberts angewiesen, der seine Aussage eidlich bekräftigen muß, und der sich wohl in acht nehmen dürfte, zur Befriedigung eines Rachegefühls, dessen Existenz gar nicht einmal nachgewiesen ist, die schwere Strafe des Meineides auf sich zu laden!"

Baron Botho senkte verlegen die Wimpern.

„Ich kann mich wohl in Ihre Situation versetzen, Herr Staatsanwalt — ich fühle selbst, daß meine Darstellung nach Lage der Dinge unwahrscheinlich erscheinen muß, daß eine Fälschung meinerseits einleuchtender und erklärlicher ist als die Handlungsweise, deren ich Gisbert bezichtige — und doch habe ich nichts als die Wahrheit gesagt, während jener Mann mich fälschlich verklagt!"

„Haben Sie nicht versucht, sich während der drei Monate das Geld zur Dackung der Wechsel zu verschaffen?"

„Jawohl, doch leider ohne Erfolg."

„Weshalb bemühten Sie sich darum, wo Sie keine besondere Ursache hierzu veranlaßte?"

„Weshalb? Weil ich bald wahrnahm, das Gisbert seine Augen auf Emma, auf meine Schwester warf, weil ich die Beweggründe ahnte, aus denen er gehandelt, und es mir peinlich war, ihm verpflichtet zu sein, da ich doch nicht die geringste Hoffnung für ihn sah, denn an der Liebe meiner Schwester zu seinem Neffen hegte ich schon damals nicht den geringsten Zweifel."

Der Staatsanwalt wandte der Kopf ab, er blickte angelegentlich durch das Fenster. In seinen Zügen spiegelte sich ein innerer Kampf. Es lag etwas in dem Wesen des Barons, das Vertrauen und Sympathie einflößte, seine Mienen verkündeten Aufrichtigkeit und Biederkeit. Und doch bestand seine Erzählung aus einem Konglomerat von Unwahrscheinlichkeiten, lag ihre Unglaubwürdigkeit für ihn, den Juristen auf der Hand! Was sollte er thun? Den Baron verhaften? Dazu konnte er sich trotz alledem nicht entschließen. Erst mußte das Faktum der Fälschung über alle Zweifel festgestellt werden — vorläufig stand noch Behauptung gegen Behauptung, und wenn auch diejenige von Folkmar absurd genug erschien, so verlangte sie doch immer eine sorgfältige Würdigung. Hoffmann gehörte nicht zu denjenigen Gerichtsbeamten, welche mit Freiheit und Ehre ihrer Mitmenschen leichtfertig umgehen.

(Fortsetzung folgt).

311 193 auf 310 897, also um rund 300. Die Zahl der Arbeiterinnen von mehr als 21 Jahren betrug 847 987 gegen 834 920 im Jahre 1900 und 798 408 im Jahre 1899. Die Zunahme blieb mit 13 067 oder 1,6 Proz, also auch hier erheblich hinter der von 1900 zurück, die 36 512 oder 4,6 Prozent betragen hat.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 17. Januar.

Achtung, blaue Bohnen! Die hiesigen 162er werden in der Zeit vom 2. bis 7. Februar täglich von 8,30 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags auf der Palinger Heide ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. In Bezug auf das Betreten des bei diesen Schießübungen gefährdeten Geländes ist den Weisungen der vom Regiment aufgestellten Sicherheitsposten unbedingt Folge zu leisten. Als gefährdet ist, nach einer Bekanntmachung des Polizeiamtes, der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Nordausgang von Palingen — Westausgang von Lauen — Süd-Ostausgang von Schlutup — Dänische Scheibenstände — Landgraben — Brandenbaum — Nordausgang von Palingen. Die Wege Lauen—Palingen, Schlutup—Wesloe und Schlutup—Selmsdorf sind als nicht gefährdet zu betrachten.

Eutin. Oldenburgischer Landtag. Der am nächsten Dienstag, Vormittag 10 Uhr, zusammentretende Landtag wird seine durch die Weihnachtsferien unterbrochenen Arbeiten gleich mit einer Plenarsitzung anfangen. In derselben wird in zweiter Lesung über die Tragung der Kosten der evangelischen und katholischen Schulachten verhandelt werden. Von unserem Genossen Schulz ist hierzu ein Abänderungsantrag gestellt worden, der von vornherein die Hälfte der Mitglieder in den Schulausschüssen mit Nichtgrundbesitzern besetzt wissen will. Eine äußerst rege und interessante Debatte wird sich sicher auch über den Wahlrechtsantrag Ahlhorn-Osternburg, der mit auf der Tagesordnung steht, entwickeln. Der Liberalismus kann also gleich in der ersten Sitzung eine weitere Probe seiner Impotenz abgeben; denn im Ausschuß haben sich die liberalen Mannen ängstlich hinter die Mehrheit, die kein direktes Wahlrecht will, verkrochen. Weiter kommt ein alter Schmöker, der im früheren Landtage schon viel Staub aufgewirbelt hat, zur Verhandlung. Er betrifft die Wiedereinsetzung des Amtsgerichts in Damme. Es ist im übrigen sehr die Frage, ob der Landtag im Stande sein wird, bis zum 28. Februar sein Arbeitspensum zu erledigen. Fortgesetzt gehen noch weitere Vorlagen und Petitionen ein. So u. a. eine Petition des Amtsverbandes Varel, der eine Bahn von Varel nach Nordenham gebaut haben will. Ferner petitionirt die Schularztkommission des Allgemeinen deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege für Anstellung von Schulärzten. Der Verschönerungs-Verein von Schwartau wünscht im Interesse der Hebung des dortigen Fremdenverkehrs entweder durch Statut oder Gesetz eine Kurtaxe erheben zu dürfen. Petenten aus Glane, Wildeshausen, Dötlingen 2c. wünschen entweder Aufhebung der Ministerialverfügung vom 26. Mai 1900, betr. Einfriedigung der Hunte, da die Anlieger dadurch schwer belastet werden oder Herstellung der Einfriedigung staatlicherseits. Der Gemeinderath von Garrel wünscht den Bau einer Chaussee von Littel nach Garrel resp. Staatszuschuß zu demselben. Der Vorstand des Delmenhorster Bürgervereins theilt dem Finanzausschuß mit, daß eine Versammlung des betr. Vereins vom 10. Dezember v. J. sich für den Bau des Amtsgerichts am bisherigen Platze ausspricht. Der unterzeichnete zweite Vorsitzende theilt in dem Schreiben seinen eigenen abweichenden Standpunkt mit. Der Vorstand der Auktionatoren- 2c. Innung des Großherzogthums Oldenburg petitionirt gegen die von verschiedenen Seiten gewünschte Einführung eines Notariats für Oldenburg.

Hamburg. Ein Kampf um's Recht. Wie wir s. Zt. nach dem „Echo" mittheilten, wurde Genosse Fischer, Redakteur unseres Parteiblattes, am 27. Juni v. Js., Morgens von zwei Polizeibeamten sowohl vom Bahnsteig des Berliner Bahnhofes als auch vom Bahnhofsplatz verwiesen und mit Verhaftung bedroht, weil er einen mit dem Zuge eingetroffenen arbeitswilligen Bauhandwerker darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Bauhandwerker in Hamburg ausgesperrt sein. Als sich unser Genosse darauf bei der Polizeibehörde über die Maßnahmen ihrer untergeordneten Organe beschwerte, wurde er abgewiesen, weil — so stand wörtlich in dem Polizei-Bescheide zu lesen — „die von Ihnen angeredeten Leute eingetroffene Auswanderer waren, auf welche der § 1 der Verordnung, betreffend das Auswandererwesen, vom 19. Mai 1887 Anwendung zu finden hätte." Um dem Senat Gelegenheit zu geben, sich über diesen mehr als sonderbaren Bescheid der Polizeibehörde äußern zu können, richtete Fischer nunmehr eine Beschwerde an den Senat, in der er die völlige Haltlosigkeit des polizeilichen Bescheides nachwies und auseinandersetzte, daß es sich gar nicht um Auswanderer handelte, unter keinen Umständen aber die angezogene Verordnung, betr. das Auswandererwesen, auf ihn irgend welche Anwendung finden könne. Daraufhin ging dem Beschwerdeführer im September vor. Jahres ein Bescheid des Senats zu, der an „Schlauheit" den der Polizeibehörde noch übertrumpfte. Der Senat ließ nämlich in seiner Antwort zunächst den Bescheid der Polizeibehörde, daß Fischer auf Grund der Verordnung, betr. das Auswandererwesen, fortgewiesen worden sei, gegen den sich doch einzig und allein die Beschwerde beim Senat gerichtet hatte und richten konnte, ganz außer Acht und kramte statt dessen neue „Gründe" aus, von denen die Polizeibehörde kein Sterbenswörtchen hatte verlauten lassen. Der Beschwerdeführer Fischer habe „durch fortgesetztes Schimpfen zur Ansammlung von Menschen Veranlassung" gegeben, deshalb seien die Polizeibeamten „zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe auf öffentlicher Straße" auch zu ihrem Vorgehen befugt gewesen. Gegen diesen völlig haltlosen Bescheid des Senates — es liegt auf der Hand: wenn Fischer durch lautes Schimpfen eine Menschenansammlung hervorgerufen hätte, würde die Polizeibehörde sicherlich nicht gesäumt haben, ihm ein Strafmandat wegen Verübung groben Unfugs zuzustellen, was sie aber wohlweislich unterlassen hat — nahm Fischer nun zu dem letzten Mittel, das ihm zur Verfügung stand, seine Zuflucht: er reichte beim Bürgerausschuß eine wohlbegründete Beschwerde ein. Jetzt, nach Verlauf von drei Monaten, ist ihm erst eine Antwort seitens dieser Körperschaft zu Theil geworden. Sie geht dahin, daß der Bürgerausschuß keine Veranlassung habe, auf Grund Art. 60,5 der Verfassung einzuschreiten. Vier Beamte, welche Zeugen der betreffenden Vorgänge gewesen seien und der Polizei-Behörde schriftlichen Bericht erstattet hätten, behaupteten, daß der Beschwerdeführer die Ankommenden belästigt und durch fortgesetztes Schelten auf die Beamten zu einer den Verkehr störenden Menschenansammlung Anlaß gegeben habe." Der Bürgerausschuß hat sich also, wie man sieht, einfach damit begnügt, der offenbar unrichtigen Angabe der Polizeibehörde ohne Weiteres Glauben zu schenken. Es ist ihm nicht einmal eingefallen, den handgreiflichen Widerspruch aufzuklären, daß die Polizeibehörde in ihrem Bescheide sich nur auf die Auswanderer-Verordnung berief, und daß erst der Hohe Senat mit „neuen Gründen" ins Feld rückte. Um den Kern der Sache drückt sich der Ausschuß überhaupt herum, indem er ihn völlig unberührt läßt. Er rückt gleich mit „vier Beamten" als „Zeugen" in's Feld, die bekundet haben sollen, „daß der Beschwerdeführer die Ankommenden belästigt und durch fortgesetztes Schelten auf die Beamten zu einer den Verkehr störenden Menschenansammlung Anlaß gegeben habe." Nun, im Bürgerausschuß sitzen doch auch Juristen. Sollten diese Herren wirklich nicht wissen, daß der Angeklagte das Recht hat, unwahre Angaben zu machen, um sich zu entlasten, und daß man deshalb den Angaben eines Angeschuldigten immer mit dem gebührenden Mißtrauen zu begegnen hat? In diesem Falle ist die Polizei auf der Anklagebank, und da erachtet der Bürgerausschuß als die klassischsten Zeugen in der Sache die Polizeibeamten selbst! Das ist mehr als Komödienspiel und der Bürgerausschuß hat mit der Art seiner Ablehnung der Beschwerde nur bewiesen, daß er nichts weiter ist als eine Institution der herrschenden Klassen zur Wahrung der Interessen derselben Klassen!

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung des Kaisers durch eine Aeußerung im Wirthshause ist in Nürnberg ein Galvaniseur zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte erklärt, es sei ihm ganz recht, wenn er angezeigt werde, denn dann erhalte er doch eine Unterkunft.

Was man beim Militär unter Wohlwollen versteht! Wegen Beleidigung und Mißhandlung eines Untergebenen, sowie versuchter Unterdrückung von Beschwerden hatte sich vor dem Kriegsgericht in Dresden der Feldwebel H. R. Drescher von der 7. Kompagnie des Schützen-Regiments Nr. 108 zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits mehrere Male bestraft, u. A. vor einigen Jahren wegen fortgesetzten Schlagens und Stoßens von Untergebenen mit 6 Wochen 2 Tagen Gefängniß und Entziehung des Zivilversorgungsscheines. Soldatenerziehung hat er aber trotzdem weiter treiben dürfen, ja man hat ihn sogar merkwürdiger Weise inzwischen vom Unteroffizier zum Feldwebel befördert. Interessant war, aus dem Sündenregister des Angeklagten zu erfahren, daß einer der von ihm früher gemißhandelten Soldaten sich damals entleibt hat, doch „soll" der Tod nicht im Zusammenhange mit den Thätlichkeiten stehen. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Schütze Lorenz mußte in der Nacht zum 6. November v. J. Posten stehen, und zwar von abends 10 bis früh 6 Uhr. Wie er dies schon früher bei gleichen Anlässen gethan, legte er sich darauf schlafen und wurde schließlich im Kompagnieschlafsaale eingeschlossen. Die Garnisons-Wachvorschrift schreibt übrigens vor, daß Nachtposten nach dem Dienst am Vormittag des folgenden Tages dienstfrei zu bleiben haben. Dessen ungeachtet hatte der Angeklagte L. den Befehl gegeben, frühzeitig am Scheibenstand zu sein. Als der Feldwebel das Fehlen des Lorenz bemerkte, ging er nach dem Schlafsaal und versetzte dem Nichtahnenden eine kräftige Ohrfeige und einen Stoß gegen die Brust, daß L., der sich bereits anschickte, der Aufforderung des Angeklagten zu folgen, übers Bett fiel. Gleichzeitig mußte sich der Geschlagene auch Schimpfworte wie „Mistkrüppel" und „Spitzbube" gefallen lassen. Ein großer Zeugenapparat war aufgeboten, so daß die Verhandlung zwei Tage in Anspruch nahm. Obwohl es an Entlastungszeugen nicht fehlte, fiel die Beweisaufnahme doch zu Ungunsten des Angeklagten aus. Aber er kam billig davon: Trotz seiner erheblichen Vorstrafe hielt man 16 Tage gelinden Arrest für eine ausreichende Sühne. Recht charakteristisch war nach der „Sächs. Arb.-Ztg." eine Stelle in der vorzüglichen Beurtheilung (!) des Angeklagten. Es hieß darin: „Seine Art, mit Untergebenen zu verkehren, ist eine drastisch-derbe, aber wohlwollende!" Kommentar überflüssig!

Ein streikender Amtsanwalt. In Dortmund waltet ein Herr v. Dewitz-Krebs als Amtsanwalt schneidig seines Amtes. Mehrfach hat dieser Herr schon in der Oeffentlichkeit von sich reden gemacht durch die Art, wie er Parteigenossen als Zeugen behandelte. Von diesem Herrn meldet nun die „Frankf. Ztg.": „Dienstag hat der Amtsanwalt am hiesigen Amtsgericht, Herr v. Dewitz Krebs, mitten in der Sitzung seine Thätigkeit eingestellt. Dem Gerichtshofe gegenüber motivirte er sein Verhalten dahin: Er habe seit langem jeden Tag bis in den Nachmittag hinein den Sitzungen beiwohnen müssen, so daß es ihm nicht möglich gewesen wäre, zum Mittagessen zu gehen. Sein Ersuchen an den Ersten Staatsanwalt, ihm einen Stellvertreter für die Mittagstunden zur Verfügung zu stellen, sei abschlägig beschieden worden. Der Vorsitzende ersuchte den Anwalt doch zu warten, bis entschieden sei, wem die Kosten in den vier noch anstehenden Sachen aufzuerlegen seien, falls vertagt werden müßte; der Anwalt begab sich jedoch hinweg und erklärte, er werde nach zwei Stunden wiederkommen. Die Sachen wurden vertagt." — Die sozialdemokratischen Zeugen scheinen demnach immer nur Opfer der durch Ueberarbeit erzeugten Nervosität des Herrn Amtsanwalts geworden zu sein. Eigentlich hätte man erwarten sollen, daß der Herr bei dieser Sachlage einige Sympathie mit den Sozialdemokraten empfände; sind sie es doch gerade, die den Folgen der Ueberarbeitung das vollste Verständniß entgegen bringen und auch den Gerichtsbeamten das nöthige Maß von Ruhe wünschen. Und den Staatsanwälten wünschen wir besonders viel Ruhe.

Eine eigenthümliche Beleidigungsklage kam am Schöffengericht Nürnberg zur Verhandlung. Der Kaufmann Matthias Mayer wollte auf der Fahrt in einem Wagenabtheil „für Frauen" Platz nehmen, wurde aber von dem den Zug begleitenden württembergischen Zugmeister daran verhindert. Bei der Ankunft des Zuges entspann sich ein Wortwechsel zwischen Mayer und dem Zugmeister, wobei Mayer die Aeußerung machte: „Sie sind bloß ein Schwabe." Hierwegen wurde Strafantrag gestellt. Der Gerichtshof erblickte in der fraglichen Aeußerung eine Beleidigung und erkannte auf 10 Mk. Geldstrafe.

Das bissige Ministerhunderl. Die „Münchener Post" weiß eine recht amüsante Geschichte zu erzählen: „Vor einiger Zeit begab sich Folgendes auf der sogenannten Odeons-Parade (dem großen „Bummel" der Münchener Gesellschaft um die Mittagszeit). Ein Herr im schwarzen Anzug und Zylinder, der auf dem Platze auf- und abspazierte, wurde von einem Hunde belästigt. Als er dem Hunde abwehrte, wurde dieser wüthend und zerriß dem Herrn die Hose. Sich umwendend, gewahrte der Geschädigte, wie eine sehr distinguirt aussehende Dame den Hund an sich lockte und Miene machte, vom Schauplatz der Hundethat zu verschwinden. Der Herr trat auf die Dame zu und machte ihr klar, daß bissige Hunde an die Leine gehörten. Die Dame, der solch eine öffentliche Standrede wohl noch nie gehalten worden war, wurde recht ungemüthlich und wollte sich mit den Worten „Ihre Hose wird Ihnen bezahlt werden" schleunigst entfernen. Doch es half ihr nichts, der Unbarmherzige ließ sie von einem Schutzmann aufschreiben, doch diesem fiel das tapfere Herz fast in die Hosen, als er den Namen der Dame erfuhr: es war die Komtesse Crailsheim, des Ministerpräsidenten Tochter, die jüngst die Würde einer Standesdame erhalten hat. — Wie die Sache weiter verlief? Nun, jener Herr erhielt aus dem Ministerhotel ein höfliches Schreiben, er möchte doch dort einmal vorsprechen. Der Herr entsprach dem Ersuchen, der Minister entschuldigte sich vielmals des Vorkommnisses wegen und erklärte sich bereit, allen Schaden zu ersetzen. Der Gebissene verzichtete jedoch gern darauf, ihm habe nur daran gelegen, zu konstatiren, daß auch Ministerhunde nicht ungestraft beißen und Hosen zerreißen dürfen."

Ein tödtlicher Unfall ist am Mittwoch in einer Kaserne zu Paris vorgekommen. Dort wurden auf einem Mannschaftszimmer Gewehrübungen gemacht, bei denen Holzpatronen benutzt wurden. Ein Soldat nahm jedoch aus Versehen eine wirkliche Lebelpatrone und drückte los. Der Schuß durchbohrte dem die Abtheilung kommandirenden Korporal die Schulter, durchschlug die Wand und verwundete einen im Nachbarzimmer auf seinem Bett sitzenden Soldaten tödtlich.

Eine Liebestragödie wird aus Italien gemeldet: Die 18jährige Tochte des Bürgermeisters von Cagli verliebte sich in einen jungen Arbeiter. Da die Eltern des Mädchens gegen die Heirath waren, floh das Liebespaar und nahm Quartier in einer Herberge der kleinen Station Pole. Als aber bei Morgengrauen die Karabinieri an das Thor des Hauses pochten, um die Flüchtigen zu verhaften, ergriff das Mädchen einen Revolver, tödtete mit drei Schüssen ihren Geliebten und mit einen vierten Kugel sich selbst.

Des Bettlers Kammerdiener. Aus New York wird dem „Wiener Extrablatt" berichtet: Daß Bettler es sich gerade so gut wie Millionäre leisten können, sich Kammerdiener zu halten, erfuhr man im Countygericht bei der Verhandlung gegen den des Großdiebstahls beschuldigten Gaston Gilliwicz, von dem die Wahrsagerin Emilie Könicke behauptete, er habe ihr 600 Dollars entwendet. Als Zeuge in dem Falle trat ein gewisser Galitzki auf, der auf die Frage nach seiner Beschäftigung erklärte, er fungire als Gehilfe eines Bettlers. Der Distriktsanwalt war ob dieser Antwort ebenso wie der Richter und die Geschworenen erstaunt und inquirirte, worin denn seine Thätigkeit als Gehülfe eines Bettlers bestehe. „Sehr einfach", meinte der Zeuge gelassen, „ich kleide meinen Herrn an und helfe ihm beim Essen." „Wa—as!?" kam es von den Lippen des Inquirenten. „Sie sind Garderobier eines Bettlers und sind ihm beim Essen behilflich?" Aus dem Auditorium erscholl lautes Lachen. Der Zeuge schien beleidigt ob der Ausbrüche von Heiterkeit, die seine Antwort erregt, und fuhr fort: „Sie glauben wir wohl nicht? Mein Prinzipal ist einarmig und deshalb bin ich ihm behilflich." — „Ach so," meinte der Distriktsanwalt. „Wie viel erhalten Sie denn für Ihre Dienste als Kammerdiener?" — „Ich bin kein Kammerdiener," kam es indignirt von den Lippen des Zeugen, indem er sich stolz aufrichtete, „ich bin Gehilfe." — „Pardon — Gehilfe," bemerkte der Frager mit leiser Ironie. „Bezahlt sich denn das Metier?" — „Man muß zufrieden sein. Ich erhalte 10 Dollars per Woche und Beköstigung." — „Lukratives Geschäft, das Betteln — wenn ich nicht Richter wäre, möchte ich wohl Bettler sein," sagte Seine Ehren im halblauten Tone, worauf der Zeuge abtreten konnte. Gilliwicz, der angab, daß er häufig im Hause der Frau Könicke verkehrt habe, aber von dem Verschwinden des Geldes nichts wisse, wurde von der Jury freigesprochen.

Der Morgantrust hat nach der „Hamb. Börsenhalle" 12 neue Dampfer von 10 bis 12 000 Tons bestellt und zwar sechs davon bei der Werft von Harland u. Wolff in Belfast, deren Chef Pirrie ist, während die anderen sechs amerikanischen Werften zugefallen sind.

Millionärskinder. Eine in mehrfacher Beziehung beachtenswerthe Liste von amerikanischen Millionärskindern und ihren Aussichten giebt eine New-Yorker Zeitung: Margaret Carnegie, 5 Jahre alt, erhielt als Weihnachtsgeschenk ein Haus in der Fünften Avenue für 10 000 000 Mark.; John Nicholas Brown, 2jährig, ist das reichste Baby der Vereinigten Staaten, denn auf seinen Namen sind 60 000 000 Mk. angelegt; Isabella Rockefeller, 6 Monate alt, wird viele Millionen erben und lebt jetzt in einem gepachteten Häuschen auf dem Lande; William Henry Vanderbilt, 1 Jahr alt, ist der Haupterbe des Vanderbiltschen Vermögens und kann 400 000 000 Mk. bekommen; William A. Clark, 1 Monat alt, erhielt von seinem Großvater, weil er als Knabe auf die Welt kam, ein Weihnachtsgeschenk von 4 000 000 Mk.; Flora Payne Whitney, 5 Jahre alt, wird Millionen von ihrem Vater und noch mehr Millionen von ihrer Mutter erben, die eine geborene Vanderbilt ist; William Vincent Astor, 11 Jahre alt, war immer krank und lebt in einer einsamen Villa in Tuxedo; Lolita Armour, 5 Jahre alt, ist dank Dr. Lorenz und der Millionen ihres Vaters auf dem Wege, kräftig und gesund zu werden; Baby Mackay, 1 Jahr alt, wird ein Vermögen von 200 000 000 Dollars erben.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 16. Januar.

Butter.

I. Qualität	Mk.	98—108
II. Qualität	„	94—97
Ferner:		
Fehlerhafte und holst. Bauernbutter	„	90—93
Schlesw. und holst. Bauernbutter	„	78—88
Russische und ähnliche	„	95—102
Finnische Waare	„	—
Amerikanische	„	—
Galizische	„	84—88

Fortsetzung des

Inventur-Ausverkaufs

zu nie dagewesenen Preisen.
theilweise für 1/3 des Werthes.

1 Parthie **Knaben-Anzüge** 75 Pfg
1 Parthie **Knaben-Blusen** 25 Pfg.
1 Parthie **Stoff-Westen** 40 Pfg.
Herren-Anzüge früher 24, jetzt **9** Mk.
Herren-Anzüge, früher 36, j. **12½** Mk.
Winter-Paletots, Raglans, Joppen jetzt à tout prix
Sommer-Paletots p. Stck. **4,50** Mk. 2c.

Welthaus Goldene 33

Breitestraße 33, 1 Treppe.

Inventur-Ausverkauf

20—50% unter Preis.

H. Stoppelman

Schirmfabrik und Hut-Bazar
Hüxstrasse 40.

Große Auswahl
in
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
dauerhaft gearbeitet, billig
Paul Rehder's
Möbel-Magazin
Hundestrasse No. 13.

Pa. frische Flohmen
Pfund 70 Pfg.
W. C. Köppke
Klingenberg 4.

Schweinefleisch	Pfd.	65	Pf.
Pr. hies. Flohmen	„	70	„
Rindfleisch	„	50	„
Kopf und Bein	„	30	„
Kalbfleisch	„	40	„

W. Strohfeldt,
Glockengießerstraße 73
Marktballenstand Nr. 13 und 14

Achtung!

Central-Verband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschl. (Zahlstelle Lübeck).

General-Versammlung

am Dienstag den 20. Januar
Abends 9 Uhr präz.
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1902.
3. **Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren, der Hülfskassirer 2c.**
4. Die Generalversammlung in Hamburg, resp. Stellung von Anträgen.
5. Verschiedenes.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, insbesondere des 3. und 4. Punktes, ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder Ehrenpflicht!

Der Vorstand.

NB. Dienstag den 20. Januar, Abds. 8 Uhr: **Vorstands-Sitzung.**

5000 Stunden. **Deutsches Reichspatent.** **5000** Stunden.

Theuer in der Anschaffung, dafür aber gut ist der

Gasglühstrumpf „Rubin“

Der **Rubin**-Strumpf kostet allerdings **70** Pfg. per Stück.
Der **Rubin**-Strumpf brennt dafür aber über **5000** Stunden.
Der **Rubin**-Strumpf hat große, lange andauernde tadellose Leuchtkraft.
Der **Rubin**-Strumpf spart durch seine Dauerhaftigkeit Lampengläser.
Der **Rubin**-Strumpf ist daher in Wirklichkeit **sehr billig!**
Der **Rubin**-Strumpf wird sich die Welt erobern.
Der **Rubin**-Strumpf ist zu haben bei

Otto Schweichler, Lübeck

General-Vertrieb für Lübeck, Fürstenthum Lübeck, beide Mecklenburg und für den Kreis Lauenburg.

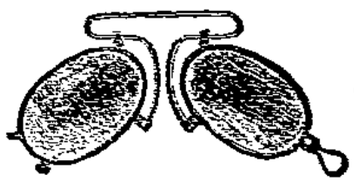
Wegen Umbau des Hauses

Grosser Ausverkauf

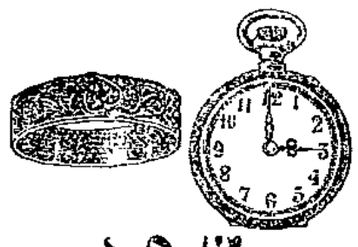
von

Uhren, Gold- und optischen Waaren

zu jedem



annehmbaren Preise.



Max Dawartz, Uhrmacher und Optiker
Obere Hüxstr. 16. LÜBECK. Obere Hüxstr. 16.
Bitte mein Schaufenster zu beachten.

Sozialdemokratischer Verein.

Vortrag mit Lichtbildern

von Richard Laube aus Leipzig
am Donnerstag den 29. Januar 1903
im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstrasse 50|52.
Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8½ Uhr.

Zum Vortrag gelangt:

Vulkane und Erdbeben.

Erläutert durch ca. 90 Lichtbilder.

Eintritt 20 Pfg. **Eintritt 20 Pfg.**

Schulpflichtige Kinder die Hälfte, noch nicht schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt.
Karten sind zu haben bei Wittfoot, Hüxstraße, F. Leeke, Lederstraße, im Vereinshaus, Johannisstraße, in der Expedition des Lübecker Volksboten, und bei sämmtlichen Distriktsführern.

Der Vorstand.

Gasthof „Transvaal“

Schwartau, Lübeckerstraße 10
empfiehlt dem geehrten Publikum, Vereinen usw. seine Lokalitäten bestens. Gute Speisen und Getränke Billiges Logis. **Robert Pinkert.** früher Transvaal-Freiheitskämpfer

---

Central-Hallen Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.
Anfang 4 Uhr Ende 2 Uhr.
Bockbier Seidel 15 Pf. **Bockbier Seidel 15 Pf.**

Waisen-Hof. Morgen Sonntag: **Tanz.**

Um damit zu räumen
verkaufe von heute an:

Fahrrad-Laternen

(Acetylen, Oel und Kerzen)
25—30 pCt. unterm Preis.

H. Benthien

Lübeck, Fackenbg. Allee 53.

Prima Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg., dicke Rippen z. Füllen 70 Pfg., dicke Flohmen 70 Pfg., ger. Schwzl. 75 Pfg., ger. Nacken 80 Pfg., Rippespeer 85 Pfg., Bestes Schmalz 80 Pfg., Kohlwurst 60 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., Schwarzsauer 10 Pfg., Brotwurst à 10 Pfg. H. Lartz,
Fernspr. 1291. Böttcherstraße.

Wilhelms-Hof.
Thé-dansant
Heinr. Brauer.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

„Zur schwarzen Dohle“
41 Hundestrasse 41.
Heute Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Tanz frei.
Es ladet freundlichst ein Hans Brasch.

Friedrich-Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Familien-Kränzchen
Gustav Glöde.

Neu-Lauerhof.
Großes Tanzkränzchen.

Colosseum.

Morgen Sonntag:

Freier Tanz.

Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Anstich von Bockbier
aus der Aktienbrauerei.
Am Sonntag den 8. Februar:
Erster Maskenball.

Wakenitz-Bellevue.

Heute Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
H. Fürböter.

Louisenlust.

Jeden Sonntag:
Große Tanz-Musik.
W. Gloe.

ConcerthausFlora

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Max Siems.

Vereinshaus.

Sonntag den 18. Januar d. J.
in den Gaststuben:
Unterhaltungs-Musik.
ff. Eisbein mit Sauerkohl.

Einladung zum Ball

der
Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Fischräucherei u. Fischkonservenfabrik
von **Heinr. Ikde**
am Freitag den 30. Januar 1903
im Lokale „Konzerthaus Flora“.
Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.
Preis der Karte 75 Pfg., wofür 1 Dame frei.
Das Comitee.

Einladung zum Ball

der
Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischkonserventfabrik
von Paul Lohrmann
am Freitag den 23. Januar 1903
in den Räumen der Central-Hallen
(Dankwartsgrube).
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang des Konzerts 7½ Uhr.
Eintritt 60 Pfg. Ende Morgens.
Das Fest-Comitee.

Waisen-Hof.

Benefiz-Ball

der Bedienung
Donnerstag den 22. Januar 1903
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. Ende 2 Uhr.
Die Bedienung.

Gesangverein „Eintracht“

= BALL =

am Sonntag den 18. Januar 1903
im Vereinshaus,
Johannisstraße Nr. 50—52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand.

NB. Montag den 23. Februar 1903 (Fastnachtsmontag) findet unser Kappen-Fest statt. D. O.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.